

In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 17.) bei E. S. Krici & Co. Breitestraße 20, in Grätz bei J. Krici, in Breslau bei H. Mathias, in Wreschen bei J. Jachow.

Posener Zeitung.

Neunzigster

Jahrgang.

In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien: bei G. L. Haube & Co., Haasenstein & Vogler, Rudolph Mosse. In Berlin, Dresden, Göttingen beim „Invalidendank“.

Nr. 9.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Freitag, 5. Januar.

Inserate 20 Pf. die sechsgepaßte Petitzeile oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 6 Uhr Nachmittags angenommen.

1883.

Zur Frage der Arbeitsbücher.

Die von den deutschen Gewerksvereinen hervorgerufene Bewegung gegen die beabsichtigte Einführung obligatorischer Arbeitsbücher hat in den beteiligten Arbeiterkreisen bedeutende Dimensionen angenommen und wird sicher nicht ohne Einfluß auf die Entscheidung des Reichstages bleiben, wenn gleich die „Köln. Ztg.“ die verächtliche Bemerkung macht, daß „tüchtige Reichsboten sich durch die Deklamationen der Gewerksvereine und ihre Berliner Entrüstungsmeetings nicht einschüchtern lassen werden.“ Von Einschüchterung kann selbstverständlich nicht die Rede sein, aber die Gewerksvereine haben sich durch ihre bisherige Thätigkeit und ihr Verhalten in öffentlichen Fragen den berechtigten Anspruch auf Achtung und Beachtung erworben und können daher mit Sicherheit erwarten, daß ihr Votum in dieser sie zu meist berührenden Frage mit in die Wage der Entscheidung fallen wird. Äußerungen wie die eben zitierte der „Köln. Ztg.“, die natürlich von der „Nordd. Allg. Ztg.“ mit Genugthuung reproduziert wird, sind nur geeignet, den deutschen Arbeiter darüber aufzuklären, wo er seine wahren Freunde zu suchen hat.

Man darf bei den Erörterungen über die allgemeine Einführung obligatorischer Arbeitsbücher nicht vergessen, daß die Bestimmung in der Gewerbeordnung, wonach Arbeiter unter 21 Jahren zur Führung eines Arbeitsbuches verpflichtet sind, durchaus nicht in dem Sinne erlassen ist, um wenigstens den jüngeren Arbeitern gegenüber diejenige Kontrolle durchzuführen, der man jetzt die Gesamtheit der Arbeiter unterwerfen möchte, sondern daß damit nur der Zweck verbunden war, den Behörden ein wirksames Mittel an die Hand zu geben, um die praktische Handhabung der wohlwollenden Bestimmungen, welche das Gesetz bezüglich der jugendlichen Arbeiter enthält, zu überwachen. Die obligatorischen Arbeitsbücher nach der Gewerbeordnung bezwecken somit nur den Schutz des jugendlichen Arbeiters gegenüber dem Arbeitgeber. Nach vollendetem 21. Jahre, nachdem der Arbeiter das Selbständigkeitsalter erreicht hat, steht es ihm auch nach den jetzigen Gesetzen völlig frei, ein Arbeitsbuch zu führen, insofern er in dem Besitz eines solchen einen Vortheil sieht. Da die große Masse der Arbeiterbevölkerung Arbeitsbücher nicht führt, so ist es offenbar, daß der Besitz derselben ihr nicht förderlich oder gar etwaigen Mißbräuchen der Arbeitgeber gegenüber schädlich erscheint.

Die alten Freunde der obligatorischen Arbeitsbücher für alle Arbeiter machen nun gar kein Hehl daraus, daß sie durch die Ausdehnung der Verpflichtung nicht den Arbeitern Vortheile verschaffen, sondern daß sie den Arbeitgebern eine bessere und schärfere Kontrolle über die Arbeiter und den Behörden eine schärfere Unterscheidung zwischen Vagabunden und ehrlichen Arbeitern ermöglichen wollen. So wenig Zuneigung der sehnstige solide Arbeiter zu dem „Vagabunden“ haben mag, er wird es immer als eine beleidigende Zumuthung zurückweisen, daß er sich dem Arbeitsbuchzwang unterwerfen solle, damit draußen im Lande der Vagabund besser als solcher erkannt werde.

Die von uns bereits zitierte „Köln. Ztg.“ plädiert unter Berufung auf die Kölner Meisterpetition und die dem Ademann'schen Antrage zustimmenden Äußerungen aus Hannover für die obligatorische Einführung der Arbeitsbücher, ohne jedoch dem gedachten Antrage im vollen Umfange zuzustimmen. Sie äußert sich zu der Frage folgendermaßen:

„Daraus, daß die „Nordd. Allg. Ztg.“ und etwa auch Freunde v. Bennigsen's aus Hannover sich im Grundsatz für die allgemeinere Einführung gewerblicher Arbeitsbücher aussprechen, folgt nun freilich noch lange nicht, daß der Reichsfanzler oder daß v. Bennigsen sich auch für die ganze Fassung des Antrags von Ademann und Genossen erklären werden. Es ist für den Zweck sowohl der Handwerksmeister wie der Staatspolizei wohl nicht unbedingt nötig, daß die Beschäftigung eines legitimationstlosen Arbeiters gesetzlich unter „Strafe“ gestellt werde, es würde wahrscheinlich genügen, den gewerblichen Arbeitgeber, welcher einen Arbeiter ohne Arbeitsbuch in Arbeit nimmt, mit solchem Arbeiter solidarisch haftpflichtig zu machen für den „Schaden“, welcher etwa dem früheren Arbeitgeber durch Kontraktbruch erwachsen sein mag. Das Hamburger gewerbliche Schiedsgericht verurtheilt Arbeitgeber, welche einen Arbeiter ohne Entlassungszeugnis einstellen, zu einer Geldbuße von 150 Mark, und es soll seit dem mehrjährigen Bestehen dieser Ordnung nur noch ein einziges Mal auf diese Buße haben erkannt werden müssen. Die sich allmählig in Deutschland ausbreitenden Meister nicht binden können, und für die letzteren bedarf es der deutschen Gewerbeordnung mit einer eventuellen solidarischen Haftpflicht. Und auch staatspolizeilich würde es wohl ausreichen, wenn nicht der Mangel des Arbeitsbuchs schon für sich allein unter Vagabundenstrafe gestellt würde, sondern nur für den Fall einer Beanspruchung oder Annahme von Gaben zur Wanderunterstützung.“

Es ist nicht zu leugnen, daß der hier gemachte Vorschlag dem Ademann'schen Antrage viel von seiner Schärfe nimmt, mit der Realisirung desselben würde aber nur den Arbeitgebern nicht den Arbeitern gedient sein, welche letzteren immerhin der gesetzlichen Verpflichtung zur Führung des Arbeitsbuches unterworfen blieben, während es den Arbeitgebern überlassen wäre, je nach Gutdünken von der Beibringung der Legitimation abzuheben oder nicht. Das Recht, von dem zu engagirenden

Arbeiter einen Entlassungsnachweis zu fordern steht ja dem Arbeitgeber auch jetzt zu, ebenso wie es dem Arbeiter freisteht, ein Arbeitsbuch zu führen. Der gesetzliche Zwang aber drängt die große Klasse der Arbeiter in eine für sie erniedrigende Ausnahmestellung.

Wenn man den Versuch machen will, für den Arbeitsbuchzwang von dem Standpunkte aus zu plädiren, daß der Besitz eines Arbeitsbuches für den Arbeiter von großem Interesse sein würde, sobald die Innungen auf der einen, die Großindustriellen auf der andern Seite Unterstützungskassen für wandernde Arbeiter errichteten, so ist dagegen einzuwenden, daß dieses Interesse nicht vorhanden sein würde für solche Arbeiter, welche nicht auf Wanderschaft gehen wollen oder können; für sie bedarf es also auch keines Arbeitsbuches. Aber auch für die übrigen wäre ein Zwang zur Führung eines Arbeits- oder Wanderbuches durchaus überflüssig. Den Innungen und den Arbeitgeber steht es ja vollständig frei, die Wanderunterstützungen nur solchen zu geben, welche durch ein Arbeitsbuch ihre Zugehörigkeit zu den Gewerben nachweisen. Mit all' diesen Erwägungen gelangt man also durchaus nicht zu der Forderung, die Arbeitsbücher allgemein obligatorisch zu machen. Legt man Werth darauf, daß der Arbeiter ein Arbeitsbuch führt, so bemühe man sich, ihm das Arbeitsbuch werth zu machen.

Turnspiele.

I.

Wenn wir den Lesern der Posener Zeitung einen Artikel mit obiger Ueberschrift vorführen, so bedürfen wir dazu einer gewissen Entschuldigung. Unsere öffentlichen Blätter sind in erster Linie politische Zeitungen; sie haben aber auch die Besprechung von Kulturfragen immer mehr oder weniger in den Kreis ihrer Betrachtung gezogen. Nun erscheint freilich manchem das Turnen nicht gerade zu den wichtigsten Fragen zu gehören, das Spielen ebenso wenig, und das Turnspiel demgemäß erst recht nicht. Indessen liegt in diesem einfachen Wort doch der Inhalt einer ganzen Reihe von Bestrebungen über Jugendzucht, Fürsorge für das Wohl der Schüler höherer Lehranstalten, Reform der Aufgabe der höheren Schulen etc., daß man sich wohl allmählich mit dem Gedanken, daß es sich hier um mehr als eine müßige Spielerei von Kindern handelt, wird vertraut machen. Zudem liegen gerade in der Gegenwart eine Reihe von Momenten, die die Besprechung dieses Themas rechtfertigen werden. Wir erinnern vorläufig an den Erlaß des Kultusministers vom 27. Oktober c., an das Gutachten der medizinischen Sachverständigen Elia-Lothringens für das höhere Schulwesen dieses Landes, an die Bestrebungen gewisser Vereine im Rheinlande u. s. w. Momente, die wir im Laufe unserer Ausführungen noch zu erwähnen haben werden. Was soll also zunächst sich der Leser denken unter Turnspielen? Es sind Spiele, welche Knaben, Jünglinge und auch Erwachsene im Freien vornehmen zur Erfrischung des Körpers, Spiele, welche eine lebhaftere Bewegung des Körpers in frischer Luft, ein Zusammensein mit Altersgenossen zur Voraussetzung haben.

In Deutschland war die Erziehung der Jugend früher mehr auf Erzielung von Körperkraft und Gewandtheit gerichtet als in neuerer Zeit, wenn auch nicht gerade Sache der Schulen. Spiele der Knaben pflanzten sich von Generation zu Generation fort und manche Spiele sind Jahrhunderte alt, ohne daß eine Aenderung oder gedruckte Regeln etc. vorhanden wären. Bekannt ist, wie in England das Spiel eine nationale Sitte ist, daß selbst Männer dafür lebhaftes Interesse und aktive Theilnahme sich bewahren, daß die Wetteispiele der großen Schulen zu Oxford und Eton fast eine ebenso nationale Bedeutung haben, wie die großen Derby-Rennen. Jede Schule hat hier ihre besonderen oft sehr kostspieligen Einrichtungen dafür. Auch in Deutschland war es früher anders. Noch mancher erinnert sich glücklicher Jugendzeiten, als die Knaben an der Stadtmauer, vor dem Thore, auf den Sandbergen etc. sich tummelten und manchen freien Nachmittag dort verbrachten, oft blaue Flecken u. dergl. mit heimbrachten, „aber schön war es doch.“ Und heut? Es ist anders geworden. Wenn der Frühling herannäht, die Tage länger werden, die öffentlichen Plätze und Promenaden trocknen, wenn im Freien bereits die Lerche sich hören läßt, sieht man die Knaben aus den Volksschulen sich mit allerlei Spielen, Ballschlägen, Reizen, Kreistreiben etc. beschäftigen. Die Knaben höherer Schulen aber spielen nicht mehr. Auf den öffentlichen Plätzen und Promenaden sollen sie auch nicht, vor den Thoren etc. sind die alten freien Plätze meist verschunden, wie die Stadtmauern, oft würden es die Eltern nicht gern sehen, noch öfter aber sieht der junge Gymnasiast seinen Stolz darin mit Vornette und Handschuhen als angebender Stutzer umher zu flaniren, womöglich in Konditoreien, Tabagien, Billard zu spielen, Zigaretten zu rauchen etc.; der Gedanke, mit Altersgenossen ein Spiel im Freien zu unternehmen, liegt ihm ganz und gar fern. Ein nicht unbeträchtlicher Theil unserer Jugend ist blasiert geworden. Das Elternhaus ist nicht ohne Schuld daran; es gewöhnte zu früh den Knaben an Bedürfnisse und Gewohnheiten, die ihm besser noch fern geblieben wären. Wie wenig unsere Jugend noch spielen kann, hat man zu beobachten Gelegenheit bei den gemeinsamen Spaziergängen, die fast an allen höheren Schulen üblich sind. Die Schule hat ein Interesse, die Jugend zur Natürlichkeit, kindlicher Frische zurück zu führen. Es greifen hier eine Reihe von Ursachen ein, die die Spiele als Schuleinrichtungen sehr erwünscht erscheinen lassen. Es liegt in der Zeitrichtung, daß man diesem Punkt heut eine größere Aufmerksamkeit zuwenden als vor einigen Jahren. Desfentliche Blätter und Zeitschriften haben für Einführung der englischen Spiele gewirkt, vom pädagogischen, wie vom turnerischen und sogar sanitären Standpunkte ist wiederholt auf das Spiel aufmerksam gemacht worden. Schon früher, z. B. in einer Ministerialverfügung vom Jahre 1860 ist die Pflege des Spiels als eine Aufgabe des Turnunterrichts hingestellt worden. Der um das Turnen hochverdiente Gymnasialdirektor Methner in Gießen widmet dem Turnspiel in seinem „Turnbuch“ ebenfalls seine lebhafteste Fürsorge und eingehende Besprechung, auch der Leitfaden für den Turnunterricht in preussischen Volksschulen betont das Spielen. Aber diese Hinweise sind ohne wesentliche Frucht geblieben. Man sah die Aufgabe des Schulturnens darin, eine Turnhalle zu gewinnen

und das sogenannte Gerätheturnen auszubilden. Je mehr das Turnen Lehrgegenstand geworden war, um so mehr entfernte es sich von dem, was Bahn als Ideal vorgeschmeckt hatte. Die frische, fröhliche Bewegung im Freien, der Wettstreit, die „Turngenossenschaft“ traten zurück; straffe Disziplin und Ordnung vertrugen sich schwer mit diesem freieren Turnen. Darum haben Turnlehrer-Versammlungen als ein Gegengewicht die Schulschule, die früher fleißig in den Turn-Vereinen geübt worden waren, wieder warm empfohlen. Von den verschiedenen der neuesten Zeit angehörenden Anregungen ist am bedeutungsvollsten der Erlaß des Kultusministers vom 27. Oktober c., der den Lesern seinem Inhalt nach vielleicht bekannt ist, aber seiner Tragweite nach zu wenig beachtet worden sein dürfte. Der Minister erklärt, daß der geschlossene Turnunterricht die Aufgabe, ein Gegengewicht die gegen Anstrengungen des Geistes, die die Schule einmal fordern muß, zu bilden, nicht vollständig löst, daß zur Erfrischung und Erholung des Körpers einerseits, zur Entwicklung der Charaktereigenschaften andererseits das Turnspiel eine sehr wesentliche Ergänzung bildet und daher ordnet er an, daß demselben die Aufmerksamkeit in höherem Grade zugewandt werde. Es soll darauf Bedacht genommen werden, daß neben der Turnhalle jede Anstalt über einen geräumigen Platz verfügen könne, auf dem diese Spiele gepflegt werden.

Die Versammlung von Direktoren der höheren Lehranstalten, welche, wie alle 3 Jahre, Pfingsten d. J. in Posen tagte, beschäftigte sich u. A. mit dem Thema: „Ueber die Verpflichtung der Schule, gegenüber den Klagen über eine die Gesundheit schädigende Belastung mit Schularbeiten für die körperliche Ausbildung der Schüler, insbesondere durch Pflege des Turnunterrichts, bezw. durch Veranstaltung von Schulsport, Sorge zu treffen.“ In verschiedenen der von den einzelnen Lehrerkollegien darüber erstatteten Referaten finden die Turnspiele eine sehr warme Vertheidigung und Empfehlung, der Referent hatte über diesen Punkt folgende Thesen aufgestellt: „Der Turnunterricht bedarf, damit das Moment der Gemeinamkeit und der freien Bewegung zur Geltung komme, der Ergänzung durch die Turnspiele. Der Werth der Spiele für die Schule beruht vorzugsweise auf ihren Wirkungen für Gemüth und Charakter; doch üben dieselben gleichzeitig auf die Gesundheit einen sehr förderlichen Einfluß. Es ist daher Pflicht der Schule, Turnspiele einzurichten und zu leiten.“ Die in verkürzter Form von der Versammlung angenommenen Thesen enthalten den Satz: „Der Turnunterricht bedarf der Ergänzung durch Turnspiele.“ Von hoher Wichtigkeit für unser höheres Schulwesen sind die Vorgänge in Elia-Lothringen. Dort ist auf Anregung des Statthalters, General-Feldmarschall v. Manteuffel, durch kaiserliche Verordnung im Frühjahr ein Oberschulrath gebildet worden, eine Art Schulparlament, wie es vor einigen Jahren ähnlich der Abg. Birchom im preussischen Abgeordnetenhaus empfohlen hatte. Der Oberschulrath ist zusammengesetzt aus den technischen Räten des Ministeriums, Professoren der Medizin an der Universität Straßburg, praktischen Schulmännern und Laien, er entscheidet über alle das Schulwesen Elia-Lothringens — mit Ausnahme der Universität Straßburg und der Fachschulen — betreffenden Fragen. Um für den Oberschulrath bei der in Aussicht genommenen Revision der Bestimmungen über das höhere Schulwesen eine Grundlage zu schaffen, ordnete der Statthalter die Einsetzung einer Sachverständigen-Kommission von hervorragenden Ärzten des Reichslandes an, welche prüfen sollte, ob die Schuleinrichtungen vom medizinischen Standpunkte aus Mängel aufwiesen. Die Kommission sollte namentlich das Maß dessen feststellen, was die Schule ohne Gefährdung der Gesundheit von ihren Schülern verlangen könne. Die Kommission hat im August einen sehr eingehenden Bericht erstattet und darin konstatirt, daß nach ihrer Ueberzeugung eine Ueberbürdung der Schüler vorhanden sei. Sie verlangt z. B., daß die Schüler wöchentlich 4 bis 6 Stunden weniger Unterricht erhalten und weniger mit häuslichen Arbeiten beschäftigt werden sollen. (Ob eine solche tief einschneidende Reform möglich und vom pädagogischen Standpunkt aus wünschenswerth ist, ist freilich eine andere Frage, die indeß nicht hierher gehört.) Sodann verlangt die Kommission, daß die Schule positiv mehr für die Gesundheit der Schüler Sorge und außer den 2 Turnstunden wöchentlich noch 6 Stunden für Leibesübungen, Turnspiele, gemeinsame Spaziergänge, Turnfahrten, Schwimmen, Schlittschuhlaufen u. dergl. ansetze. Es wird hier ein neues Prinzip in die Aufgabe der höheren Schulen hineingetragen, das ihnen bisher fremd war, und das in vielen Bestrebungen der Gegenwart hervortritt: Die Schule soll ein Äquivalent für die angestrengte Geistesthätigkeit bieten, sie soll eine Harmonie des Geistes und des Körpers herstellen, zu der die 2 Turnstunden zu wenig seien. Eine solche Harmonie erstrebte wohl der Jugendunterricht in Griechenland, aber nicht bei uns. Bisher war die Fürsorge für die Gesundheit im Allgemeinen der Familie überlassen. Die Schule kümmerte sich um Schwimmen, Spaziergehen, Spielen etc. nicht. Das ärztliche Gutachten betont nun, daß die Familien heut nicht mehr das lebendige Interesse an der Ausbildung des Körpers hätten, daß die Verhältnisse des sozialen Lebens in den größeren Städten den Familien diese Sorge erschwerten und daß es daher Pflicht der Schule sei, für das eintreten, was dort verfaßt wurde und was im Interesse der Gesundheit für geboten erachtet werden müsse. Ob es heilsam ist, die Aufgabe der Schule in dieser Richtung so zu erweitern und dem Elternhaus so viel zu entziehen, kann wohl in Zweifel gezogen werden. Daß die Schule viel mehr thun kann, als sie jetzt für die Gesundheitspflege thut, ist kein Zweifel; aber unangenehme Kollisionen mit der Familie sind zu befürchten, und es müssen ganz neue Veranstellungen getroffen werden. Da hier und da auch die Schulen Arbeitsstunden unter Leitung und Aufsicht eines Lehrers bereits geschaffen haben, so würde, wenn sie nun auch die hygienische Ausnutzung der Erholungszeit regulirt, die Familie die Knaben nur noch in Kost und Logis haben, ein doch wohl nicht münchenswerther Zustand. Aber immerhin halten wir es für heilsam, wenn die Schule die Turnspiele pflegt. Bis hierher, abgesehen von der Zeit und bis zu zeitweiligen gemeinsamen Ausflügen sind wir mit den Forderungen jener Sachverständigen einverstanden. Im Vorübergehen muß noch der Zentralverein für Körperpflege, der sich in Düsseldorf gebildet hat, erwähnt werden, da er ebenfalls Entlastung der Schüler und energiereichere Pflege des Turnens, der Turnspiele etc. fordert.

Man sieht, daß das Verlangen nach Turnspielen gewissermaßen in der Luft liegt, daß von den verschiedensten Seiten her seine Pflege empfohlen wird. Den hohen Werth solcher Spiele erblicken wir erstens in der Förderung der Gesundheit, die einmal mit dem Körper eines Knaben bei der sitzenden Lebensweise, die einmal mit dem Schulbesuch unvermeidlich ist, Nachtheilen ausgesetzt ist, wie Blutantrieb, Störung

der Verdauungstätigkeit, Reizbarkeit des Nervensystems u. dergl., um so mehr muß eine energische und reichlich bemessene Bewegung im Freien eintreten. Auch der Körper verlangt sein Recht; die Kraft der Muskeln will geübt sein, wenn der Knabe ein kräftiger gesunder Mann werden soll. Oft genug haben die Kinder nicht mehr das Interesse am munteren Spiel, das jene gesundheitsfördernde Bewegung am besten vermittelt. Das Spaziergehen ersetzt nur unvollkommen, was der Körper braucht. Beim Spielen, Laufen, Herumtummeln mit Genossen werden die Kräfte am besten geübt, die Lungen erweitert, rascher Umlauf des Blutes befördert. Die Folge ist Frische und körperliche wie geistige Regsamkeit, geregelte Verdauung, guter Appetit und Schlaf. Die vielen von des Gedankens Blässe angefränkelten Erscheinungen, welche man unter den jungen Leuten namentlich in größeren Städten herumwandeln sieht, sind warnende Beispiele dafür, wohin Verzärtelung und verkehrte Lebensweise in der Jugend führen.

Nicht minder wichtig sind zweitens die Wirkungen auf den Charakter. Raschheit des Entschlusses, Muth, Ueberlegung, Genandtheit übt der Knabe beim Spiel, zugleich aber den geselligen Verkehr mit Genossen; ediges Wesen, Rechtthaberei, schleichen sich ab und zugleich lernt der Einzelne sich dem selbstgewählten Ordnen des Spiels, den Gesetzen desselben unterordnen; die Einschränkung des eigenen freien Willens, die Eingebung an einen gewissen Zweck, an ein Ganzes gewöhnt früh an die Selbstverwaltung, zu der der künftige Bürger in Staat und Gemeinde berufen ist. So pflanzt das Spiel auch die sogenannten politischen Tugenden.

Wir begnügen uns hier mit diesen Andeutungen, da die Ausführung uns zu weit in pädagogische Fragen hineinführen würde. Man mache nur die Probe auf das Gegenheil. Wenn man eine Schaar Knaben, die des Spieles ungewohnt sind, etwa an einem Schulsportplatz zum Spiel anstellt, so kennen einmal sehr wenige ein vorgezeichnetes Spiel. Ist dasselbe nur in Gang gebracht, so gerathen Einzelne sehr leicht mit den Anderen in Meinungsverschiedenheit, es entsteht Streit, jeder will Recht haben, der ist empfindlich und geht bei Seite, jener will die Schaar terrorisiren und nach kurzer Zeit hört das Spiel auf. Unsere Jugend soll also wieder spielen lernen.

Deutschland.

F. Berlin, 3. Januar. Auf keinem anderen Gebiet unseres öffentlichen Lebens läßt wohl ein Rückblick auf das vergangene Jahr so entscheidende Veränderungen erkennen, als auf dem Gebiet der Zollpolitik. Nicht als ob die deutsche Zollgesetzgebung während dieses Zeitraums in hervorragender Weise thätig gewesen wäre. Aber die zollpolitischen Vorgänge, welche sich innerhalb und außerhalb des deutschen Reiches abgespielt haben, bezeichnen das vergangene Jahr fast als einen Wendepunkt, von dem leicht die künftige Gestaltung der Zollpolitik in Europa bedingt werden kann. In Deutschland ist vor Allem die wichtige Thatsache zu verzeichnen, daß der neuzusammengesetzte Reichstag alle vom Bundesrath beantragten Zollerhöhungen abgelehnt hat, während er gleichzeitig allen vorge schlagenen Zollerleichterungen zustimmte. Mag dabei ein Theil der in diesem Sinne stimmenden Abgeordneten sich vorwiegend von der Anschauung haben leiten lassen, daß man dem neuen Tarif Zeit zu einer „ehrlichen Probe“ lassen müsse, ohne ihn alljährlich mit neuen Schutzzöllen auszustatten, in jedem Falle liegt hier ein Votum des Reichstags vor, welches in dem Reichstage, der vor 3 1/2 Jahren den Tarif selbst zu Stande gebracht hat, schlechthin unmöglich gewesen wäre. In dieser Hinsicht ist die Ablehnung der neuen Schutzzölle selbst bedeutsamer, als die Ablehnung des Tabaksmonopols, denn auch im Reichstage von 1879 würde das Monopol nimmermehr eine Majorität gefunden haben. Während sich somit in der deutschen Volksvertretung eine Wandlung befundet hat, die für die nächste Zeit, wenn auch nicht jede Zollerhöhung, so doch die blingläubige Annahme von allerhand neuen Schutzollprojekten ausschließt, vollzogen sich in unseren wichtigsten Nachbarländern, in Frankreich, Desterreich und Rußland, umfangreiche Zollerhöhungen, die sich ihrer Begründung und Tragweite nach recht eigentlich als Repressalien gegen die deutsche Zollgesetzgebung von 1879—1881 charakterisiren. Die deutsche Zollpolitik hat sich als völlig unfähig erwiesen, diese gegen die deutschen Exportindustrien geführten Schläge abzuwehren oder auch nur zu mildern. Aber nicht nur den genannten drei Staaten, sondern auch allen anderen Ländern gegenüber hat diese Politik, welche von Anfang an als eine mächtige Waffe zur Erreichung günstiger Handelsverträge

gepriesen worden ist, nicht den geringsten Erfolg zu erzielen vermocht. Nicht ein einziger Tarifvertrag, der der deutschen Gewerbsthätigkeit wenigstens auf eine gewisse Zeit gegen neue, plötzliche Zollerhöhungen des Auslandes Sicherheit gewähren könnte, ist zu Stande gekommen. Selbst einige wichtige Handelsverträge, bei denen nicht sowohl die Fixirung gewisser Zollsätze, sondern allein das Zugeständniß der Meistbegünstigungsklausel in Frage kommt, wie z. B. der Vertrag mit Spanien, sind nur nothdürftig provisorisch weiter geführt worden. Das Ergebnis ist, daß nach dreieinhalbjähriger Herrschaft der neuen Zollpolitik der deutsche Export, was die Zollverhältnisse des Auslandes anlangt, weit ungünstiger und unsicherer gestellt ist als seit Jahrzehnten. Die geschäftliche Lage hat unter dem Einfluß, welchen neben den Zöllen in erster Linie der Verhältnisse des Weltmarktes ausüben, wohl im größten Theil des Jahres gegen das Jahr 1881 nur geringe Veränderungen erfahren. Für die Beschäftigung unserer Großindustrien war nach wie vor das Exportgeschäft von ausschlaggebender Bedeutung; die Klagen über niedrige und wenig lohnende Preise haben überwiegend fortgedauert. Wies dagegen das Jahr 1881 in seinem zweiten Semester eine Belebung des Geschäfts auf, welche wesentlich gegen die im ersten Semester herrschende Stagnation abwich, so ist im Jahre 1882 der erste Theil des Jahres der günstigere gewesen, während im zweiten Theile, namentlich im letzten Quartale, in manchen Geschäftszweigen eine fühlbare Abschwächung eingetreten ist. Für die Ernährung seiner Bevölkerung war Deutschland 1882 mehr als je auf das Ausland angewiesen und hat demzufolge trotz der Getreidezölle mehr Getreide importiren müssen als in irgend einem früheren Jahre. Allein an Brotkorn (Weizen und Roggen) wurden in den Monaten Januar bis November 1882 11,800,690 Doppelcentner eingeführt, während in denselben Monaten 1881 die Einfuhr nur 8,582,830 Doppelcentner betrug. So hat das Jahr 1882 in demselben oder vielmehr noch in höherem Maße, als die vorhergehenden Jahre bekräftigt, daß Deutschland auf einen immer erweiterten Verkehr mit dem Auslande, trotz aller eigenen Absperrungszölle, dringend angewiesen ist. Ob es unter solchen Verhältnissen in seinem Interesse liegen kann, durch seine Zollgesetzgebung die Einfuhr zu erschweren und andere Staaten zu gleichen Maßregeln anzureizen, — das ist eine Frage, deren richtige Beantwortung sowohl durch zollpolitische Vorgänge auf dem Gebiet der Gesetzgebung als durch den Verlauf der Geschäftsentwicklung im Jahre 1882 wesentlich gefördert worden ist, und insofern können Alle, welche die Umkehr in unserer Zollpolitik bekämpft haben, aus dem Rückblicke auf das vergangene Jahr nur eine Kräftigung ihrer wirtschaftlichen Anschauungen und einen Mahnruf zum Ausbarren in der praktischen Geltendmachung derselben schöpfen.

— Das Abgeordnetenhaus hatte in der Sitzung vom 19. Januar 1881 beschlossen, zwei Anträge der Abgg. Beisert und v. Tiedemann, betreffend die Anwendung auf den Namen lautender Schuldtitel bei Begebung von Staatsanleihen, der Staatsregierung zur Erwägung zu überweisen. Ein darauf bezüglicher Gesetzentwurf liegt jetzt nach offizieller Meldung dem Staatsministerium vor und wird, da hier dem Vernehmen nach ein Widerspruch nicht zu erwarten ist, dem Landtage noch in der laufenden Session zugehen. Der Volkswirtschaftsrath war bereits im März v. J. gutachtlich gehört worden und hatte der Staatsregierung empfohlen, die Schuld des Staates oder eines Theiles derselben in ein zu diesem Behufe anzulegendes Buch einzutragen, welche Form das Fortbestehen von auf Inhaber lautenden Staatsschuldscheinen nicht ausschließen soll. In Regierungskreisen hofft man, mit der Ausgabe von Staatspapieren auf Namen den Wünschen derjenigen Korporationen und Personen entgegenzukommen, welchen mehr an einer dauernden Kapitalsanlage und mehr an der Sicherheit als an der leichten Umkehrbarkeit des Schuldbriefes gelegen ist, und man erwartet, daß zahlreiche Kapitalien, die in weniger sicheren Werthen angelegt sind, dem

Staatskredit zugeführt werden, was namentlich in gegenwärtiger Zeit der Verstaatlichung der Eisenbahnen wegen des Anwachsens der preussischen Staatsschuld für wichtig erachtet wird. Mit der neuen Maßregel soll gleichzeitig der Zweck verfolgt werden, das System der Aus- und Wiederintoursetzung von Inhaber-Papieren nach und nach zu beseitigen. Hierauf gerichteten Anregungen war die Staatsregierung schon früher näher getreten, z. B. bei Gelegenheit der Verhandlungen über die Konsolidation der Staatspapiere im Jahre 1869. Später hatte der frühere Finanzminister Camphausen dem Staatsministerium einen darauf bezüglichen Gesetzentwurf vorgelegt, der aber über die Anfangsstadien der Berathung nicht hinauskam. Man darf wohl gespannt darauf sein, in welcher Weise nach dem jetzt dem Staatsministerium vorliegenden Gesetzentwurf die Zahlung der Zinsen erfolgen soll, ob durch persönliche Empfangnahme seitens des Gläubigers oder dessen Bevollmächtigten von den dazu bestimmten öffentlichen Kassen bezw. durch Ueberweisung des Zinsbetrages mittelst der Post, oder gegen Präsentation von Koupons, welche den Gläubigern auf eine Reihe von Jahren im Voraus zu verabsolgen sein würden.

— Das Gesetz vom 13. März 1878 über die Zwangserziehung verwahrloster Kinder ist in den verschiedenen Provinzen in sehr ungleicher Weise zur Anwendung gelangt, sowohl was die Anzahl der Verurtheilungen zur Zwangserziehung, wie darin, was die Art dieser Erziehung anbelangt. Während in Ostpreußen nur 159 Kinder der Zwangserziehung überwiesen sind, ist diese Zahl in Schlesien bis auf 866 gestiegen, in der Rheinprovinz auf 676 und übersteigt auch in Brandenburg, Pommern, Sachsen, Hannover und Hessen-Nassau 400. In Pommern sind von 451 zur Zwangserziehung verurtheilten Kindern nur 7 in Familienpflege gegeben, in Westfalen nur 5 von 325 Kindern, in Westpreußen von 153 Kindern nur 13, die übrigen aber sämtlich in sogenannten Rettungs- oder Besserungsanstalten untergebracht worden. Umgekehrt sind in Posen von 298 Kindern nur 37 in Anstalten, die übrigen an geeignete Familien überwiesen. Auch in Schleswig-Holstein ist die Familienpflege überwiegend, während in Hannover beide Erziehungsarten sich ungefähr die Wage halten. Auch die Durchschnittskosten sind außerordentlich verschieden; am billigsten stellt sich Ostpreußen, wo pro Kind und Jahr nur 125 Mk. 38 Pf. verausgabt sind, während die Rheinprovinz mit mehr als dem doppelten Betrage, nämlich 260 Mk., die theuerste Verpflegung hat. Sämtliche östliche Provinzen — die Stadt Berlin abgerechnet — bleiben unter 200 Mk. zurück; auch Westfalen mit 195 Mk. erreicht diesen Satz nicht ganz; sämtliche übrige West- und Südprominzen übersteigen diesen Betrag. Im Ganzen haben die betreffenden Provinzialverbände aus eigenen Mitteln bisher schon rund 731,000 Mk. für diesen Zweck aufgewendet; also eine sehr erhebliche Summe, obwohl offenbar die Ausgaben noch auf eine Reihe von Jahren steigen müssen, da der Beharrungsstand noch lange nicht erreicht ist. Von den insgesamt zur Zwangserziehung überwiesenen 5306 Kindern waren am 30. September 1882 noch 5006 in Familien oder Anstalten untergebracht; die Zahl der Entlassungen ist also bisher nur eine sehr geringe gewesen, zumal jene Differenz auch die während der Dauer der Zwangserziehung verstorbenen Kinder mit umfaßt.

— Im gegenwärtigen Augenblicke läßt sich noch gar nicht übersehen, was bei der Kommissionsberatung über die Steuervorlage der Regierung herauskommen wird. Nur das Eine ist sicher, daß die Einkommensteuer abgelehnt werden wird, aber was soll an ihrer Stelle zur Deckung des Steuererlasses, den die Majorität wenigstens für die zwei untersten Stufen der Klassensteuer bewilligen will, herangezogen werden? Die beiden fortschrittlichen Mitglieder der Kommission, Büchtemann und Hänel, wollen im Sinne des im vorigen Jahre von ihrer Partei eingebrachten Antrages auf eine Reform der Klassen- und Einkommensteuer in der Richtung hinwirken, daß die Sätze dieser beiden Steuern mit dem geringeren Einkommen fallend

Gambetta's Debut.

Freund und Feind sind darüber einig, daß Gambetta's politische Laufbahn mit dem 14. November 1868 beginnt, jenem Tage, an welchem der gewaltige Redner, dessen „parole merveilleuse“ selbst seine gefäßigsten Widersacher als eine Gloria Frankreichs anerkannten, seinen Gefinnungsgegnossen Delescluze in einem Töndensprozeß verteidigte. Es war die Taktik Gambetta's, statt des Verteidigers den Ankläger zu spielen; mit einem bis dahin unerhörten Freimuth wagte er es, im Gerichtssaale dem Kaiserreiche Napoleons III. Beschuldigungen entgegenzuschleudern, die in der Presse und im Parlament mit List und Gewalt zum Schweigen gebracht worden waren. Umsonst versuchten es der Vorsitzende und der Staatsanwalt, dem dreißigjährigen, namenlosen Anwalt Einhalt zu gebieten. Er entzog sich mit seinem machtvollen Temperamente, welches der Urgrund seiner rednerischen wie seiner administrativen Begabung war, Gehör und gipfelte in der folgenden Diatribe, einer der großartigsten Leistungen — nicht allein forensischer — Eloquenz:

„Am 2. Dezember haben sich um einen Präbenden Männer geschaart, welche Frankreich bis dahin nicht gekannt hatte, Männer ohne Talent, ohne Ehre, ohne Stellung, ohne Bedeutung; Leute, welche zu allen Zeiten die Helfershelfer von Gewaltstreichen sind; Leute, von denen man wiederholen kann, was Sallust von dem Gefindel gesagt, das sich um Catilina sammelte, was Cäsar selbst sagt, da er das Bild seiner Mitschuldigen zeichnet, dieser ewigen Auswürflinge regelmäßiger Gesellschaften: Aere alieno obruti et vitii onusti — mit Schulden überhäuft und aller Laster voll — Un tas d'hommes perdus de crimes et de dettes, wie das Corneille übersezt. Mit diesem Personal säßelt man seit Jahrhunderten Institutionen und Gesetze nieder und das Rechtsgefühl der Menschheit ist unfähig, sich dagegen zur Wehre zu setzen, trotz des erhabenen Trauerzuges des Sokrates, Thraseas, Cicero, Cato, der Denker und Märtyrer, welche

im Namen der geschändeten Religion, der verletzten Moral, des von Soldatenstiefeln niedergetretenen Rechtes Protest erhoben. An dieser Stätte des Gerichts darf ein Gleiches aber nicht geschehen. Wenn wir vor Euch hintreten, Magistrate, und Euch diese Dinge sagen, schuldet Ihr uns Schutz und Hilfe. Diese Menschen haben angeblich Frankreich gerettet. Es giebt ein untrügliches Mittel, um zu erfahren, ob diese Behauptung Wahrheit oder Lüge? Wenn in einem Lande eine entscheidende Krise besteht, wenn es fühlbar, daß Alles bis auf die Grundpfeiler wankt, wissen Sie, was alsdann geschieht? Dann eilen diejenigen, welche die Nation als ihre Spitzen betrachtet, weil sie durch ihre Talente und Fähigkeiten sich ausgezeichnet haben, zu ihrer Rettung herbei. Wenn ich nun den Werth der Männer prüfe, die sich brüsten, Frankreich am 2. Dezember gerettet zu haben, dann finde ich unter ihnen nicht eine Persönlichkeit, die zählt, während ich auf der anderen Seite zum Schutze des Landes Männer herbeieilen sehe, wie Michel de Bourges, Charraas, die zeitlich gestorben — Ledru war bereits verbannt — und so viele Andere aus der Elite der verschiedensten Parteien, so unsern Berryer, diesen erlauchten Sterbenden, welcher uns noch gestern einen Brief, den Brief eines Ehrenmannes, das Testament der Entrüstung als Beweis dafür schickte, daß alle Parteien sich zur Sühne der gebeugten Moral für verpflichtet halten. Wo waren Cavaignac, Lamoricière, Changarnier, Lesclapart, Bedeau und alle die Offiziere, welche der Stolz und die Ehre unserer Armee sind? Wo waren Thiers, Remusat, die Vollmachtträger der orleanistischen, legitimistischen und republikanischen Partei? In Mazas und in Vincennes, wie Jeder, der das Gesetz verteidigte. Auf dem Wege nach Cayenne, eingeschifft nach Lambessa, beraubte Opfer einer ehrgeizigen Tobsucht. Solcher art rettete man Frankreich. Glauben Sie nach alledem, daß man das Recht hat, auszusprechen, man habe das Land gerettet, lediglich deshalb, weil man mit gewalthätiger Hand das Land niedergebückt hat? Auf welcher Seite war das Genie, die

Moral, die Tugend? All das war von dem Attentat zermalmt worden . . .

Der Vorsitzende: Ich muß Ihnen bemerken, Maitre Gambetta, daß Sie Ihr zu Anfang Ihrer Rede gegebenes Versprechen, sich nicht fortzuziehen zu lassen, nicht einhalten. Ich bitte Sie, fortzufahren und sich zu mäktigen.

Gambetta: Ich nehme mein Plaidoyer wieder auf und will mich bemühen, Wort zu halten. Aber Sie sehen ein, daß es in dieser Frage Aufregungen giebt, welche den Anwalt in Gegensatz bringen zu der herkömmlichen Stille und Atmosphäre Ihrer Verhandlungen. Sie empfinden selbst, daß es unmöglich ist, Ihnen mit rhetorischem Gesunkener eine so entsetzliche Tragödie vorzutragen. Ich danke Ihnen dafür.

Es ist also, um den abgerissenen Faden weiterzuspinnen — es ist also klar, daß man die Gesellschaft nicht gerettet hat. Diejenigen, welche das Land vergewaltigt, seine Freiheit gefesselt haben, haben sich der neuen von der Wissenschaft gebotenen Mittel bedient, um leichter Fühlung miteinander zu suchen. Die Zentralisation und die Schreckensherrschaft haben das Uebrige gethan. Man hat Paris mit der Provinz, man hat die Provinz mit Paris betrogen. Dampf und Telegraph sind Mittel der Herrschaft geworden. Man sendete in alle Departements die Botenschaft, daß Paris unterworfen sei. Unterworfen, d. h. hingsgeschlachtet. Unterworfen, weil man mit Flinten und Kanonen „einsperrte“. Ich, der ich zu Ihnen rede, habe Freunde mein genannt, die — merken Sie wohl auf — gemordet wurden, als sie die juristischen Hörsäle verließen; die Studenten waren ja waffenlos. Allerdings war es sehr unvorsichtig und strafwürdig von ihnen, daß sie gekommen waren, das Recht zu studiren in einem Lande, wo man das Recht in solcher Weise respektirt. Also wurde der Schrecken von Paris nach der Provinz getragen, in welcher letzterer Deportationen ohne Gerichtsverhandlung ihn noch länger aufrechterhalten haben. Ist es nach dem Gesagten möglich, daß der 2. Dezember das Wort

abgestuft werden. Danach würde der Steuerfuß bis zu 1500 Mk. Einkommen nicht über 1 Proz., bis zu 3000 Mk. Einkommen nicht über 1½ Proz., bis zu 4500 Mk. Einkommen nicht über 2 Proz. vom Einkommen hinausgehen. Besondere, die Steuerfähigkeit vermindernde Verhältnisse, wie starke Familie, andauernde Krankheit u. s. w., sollen fortan bei sämtlichen Stufen unter 6000 Mk. in der Einschätzung berücksichtigt werden. Ob in diesem Zusammenhange auch auf die früheren Wünsche wegen Herabsetzung der Gebäudesteuer und Reform der Gewerbesteuer eingegangen werden kann, ist noch fraglich, zumal es die liberalen Abgeordneten kaum als ihre Aufgabe betrachten dürften, mit Reformvorschlügen hervortreten, die mehr als nur in großen Umrisse skizziert sind.

Eine merkwürdige Verfügung hat, wie bereits kurz erwähnt, der Eisenbahnminister Maybach erlassen. In Folge eines Hinweises der kirchlichen Behörden, daß Fortbildungsschulen an Sonntagen während des Vormittagsgottesdienstes abgehalten und dadurch die Schüler an dem Besuche der Kirche verhindert werden, hat der Minister Maybach angeordnet, daß der Sonntagsunterricht der Handwerkslehrlinge in den Eisenbahn-Werkstätten außerhalb derjenigen Stunden abgehalten werde, während deren der Hauptgottesdienst stattfindet. Wie nun die „N. F. Z.“ hervorhebt, nehmen gerade die Stunden des Hauptgottesdienstes den größten und besten Theil der Unterrichtszeit am Sonntag Vormittag in Anspruch. Die Maßregel des Eisenbahnministers kommt also materiell einem vollständigen Verbote des Fortbildungsunterrichts an den Sonntag-Vormittagen für die betroffenen Kategorien junger Handwerker gleich. Eine ähnliche Maßregel hatte bekanntlich vor einiger Zeit der Oberpräsident von Brandenburg, Achenbach, getroffen. Er hatte dem Magistrat von Charlottenburg aufgegeben, aus den für den Eisenbahnminister maßgebend gewesenen kirchlichen Gründen den Unterricht an den Sonntagvormittagen in der Fortbildungsschule einzustellen. Auf erhobene Remonstration hat der Kultusminister v. Gossler, gewiß ein streng kirchlich gesinnter Mann, diese Verfügung des Oberpräsidenten aufgehoben, weil er sich von seinen fachverständigen Räten überzeugen ließ, damit der Fortbildungsunterricht überhaupt lahm gelegt werde. Die Sonntagvormittage sind die einzige geeignete Zeit, wo die jungen Leute mit körperlicher und geistiger Frische zum Fortbildungsunterricht kommen. Weber die Abende der Wochentage nach vollendetem anstrengenden Tageswerk, noch die Sonntagnachmittage oder gar Sonntagabende, die der Erholung vorbehalten bleiben müssen, sind dazu so geeignet. Wer von den jungen Handwerkern das Bedürfnis hat, zur Kirche zu gehen, läßt sich davon durch die Fortbildungsschule nicht abhalten; hat er dieses Bedürfnis aber nicht, dann geht er auch nicht zur Kirche, wenn er frei hat. Er verbringt die Zeit vielmehr mit unnützen Dingen, statt mit gutem Unterricht.

Gegen das projektirte Verbot der Einfuhr von amerikanischem Speck und Schweinefleisch hat der Verein für die berg- und hüttenmännischen Interessen im Aachener Bezirk an den Bundesrath eine Petition gerichtet, welche jetzt mit der Bitte um Unterstützung auch dem Reichstage zugegangen ist. Aus dieser Eingabe verdienen insbesondere die Mittheilungen hervorgehoben zu werden, welche die Bedeutung der amerikanischen Schweineprodukte für die dortige Arbeiterbevölkerung erkennen lassen. So wird z. B. mitgetheilt, daß die Konsumanstalt der dem Verein angehörenden Bergwerks- und Hütten-Gesellschaft „Altenberg“ in den Jahren 1874 bis 1882 für ihr Arbeiterpersonal zu Moresnet bei Aachen 132,147 Kilo, Speck, 32,131 Kilo, Schmalz, 15,304 Kilo, Schinken und 34,620 Kilo, Vorderquartel, zusammen 214,202 Kilo, amerikanische Schweineprodukte bezogen hat; außerdem bezog die Konsum-Anstalt der dem Verein angehörenden Grube „Meis“ in der Eifel in den Jahren 1878 bis 1882 21,065 Kilo, Speck. „Da diese Lebensmittel, bemerkt die Petition hierzu weiter, von den Arbeitern gewöhnlich in halben und ganzen Pfunden gekauft und verzehrt werden, und da die Anhänger des

Verbots 1—5 pCt. alles importirten amerikanischen Schweinefleisches als trichinenhaltig oder überhaupt gesundheitswidrig angesehen, so müßten, wenn man nur ein pCt. als trichinenhaltig annimmt, 2,352 Kilo, in obigem Quantum trichinenhaltig gewesen sein, oder bei Abnahme von Quantitäten à ½ Kilo, = 4704 Käufer trichinenhaltiges Fleisch oder Speck erhalten haben, genügend um bei einem großen Theile der Arbeiter-Bevölkerung des hiesigen Distrikts die Trichinose hervorgerufen. Es ist aber nicht ein einziger Erkrankungsfall vorgekommen. Die Uebertreibung der Angabe der Schädlichkeit des Genusses von amerikanischem Schweinefleisch ist daher einleuchtend. Dieselbe ergibt sich auch aus einer weiteren Statistik; hiernach sind in den Jahren 1871 bis 1881 nach Preußen via Antwerpen 69,150,799 Kilo, der betr. Waare eingeführt worden. Wenn ein pCt. davon gesundheitswidrig gewesen wäre, so würde die ganze Arbeiter-Bevölkerung des preussischen Staates Krankheiten anheimgefallen sein.“ Sehr nachdrücklich weist die Petition außerdem auf die Gefahr amerikanischer Repressalien gegen das deutsche Exportgeschäft nach Amerika hin, an dem im Aachener Bezirk besonders die Tuchindustrie, die Eisen-, Stahl-, Blei- und Zink-Industrie lebhaft theilhaftig sind; die Folgen solcher Repressalien werden als „unberechenbare“ bezeichnet. Nicht freihändlerische Theoretiker sind es, die so sprechen, sondern schutzöllnerische Industrielle, die sich zu diesem Schmerzensschrei getrieben, und wenn Vorstellungen dieser Art gegenüber den Tendenzen, die zu dem projektirten Einfuhrverbot drängen, überhaupt noch Gehör erlangen können, so sollte wenigstens dieses Warnungszeichen nicht unbeachtet bleiben.

S. Wie in Marinekreisen verlautet, wird im Laufe d. J. auch noch ein zweites Panzergeschwader, welches aus den drei Schwester Schiffen den Korvetten „Sachsen“, „Bayern“ und „Württemberg“ bestehen soll, für Probefahrten in der Ostsee in Dienst gestellt werden. Der Vorstand des Torpedo-Depots zu Friedrichsort, Korvettenkapitän Sochius, Kommandant der Matrosen-Artillerie-Abtheilung ist zum Kommandanten dieses Geschwaders in Aussicht genommen.

Der Minister des Innern hat die Regierungen u. s. w. benachrichtigt, daß der Kaiser in Gemeinschaft mit der Kaiserin eine Ehejubiläum-Denkmünze gestiftet hat, welche von dem Kaiser würdigen, einer Unterstützung nicht bedürftigen Ehepaaren in Preußen und den Reichslanden zur Erinnerung an die Feier ihrer goldenen oder diamantenen Hochzeit verliehen wird. Wie aus der Rundmachung hervorgeht, sind beglückte Gesuche seitens der betreffenden Eheleute in jedem Falle unmittelbar an den Kaiser zu richten.

In einem im Dezemberhefte der „Deutschen Revue“ abgedruckten Aufsatz des Professors v. Bar in Göttingen über die Entschädigung unschuldig verurtheilter und verhafteter Personen findet sich über die deutsche Strafprozeßordnung und über die Nothwendigkeit der Wiedereinführung der Berufung folgende Auslassung, die in weiteren Kreisen bekannt zu werden verdient:

„Die deutsche Strafprozeßordnung ist entschieden das mangelhafteste der neuen deutschen Reichsjustizgesetze. Die Prinzipien sind hier weniger rein durchgeführt, manche allerdings überwiegend von der Wissenschaft aufgestellte Sätze sind zwar aufgenommen, aber ohne vollständige Erfüllung der von der Wissenschaft dafür geforderten Vorbedingungen. Diese letztere Bemerkung dürfte namentlich gelten von der Beseitigung der Berufung in den mittleren Straffällen. Das schwebgerichtliche Verfahren ist gleichsam einer harten Probe dahin unterworfen worden, wie weit man wohl die Geschworenen und auch den Vorsitzenden des Gerichtshofes ohne weitere Kontrolle des Letzteren und des obersten Gerichtshofes operieren lassen könne. Dazu kommt dann, daß Manches vielleicht bei einzelnen Gerichten etwas schablonenmäßiger behandelt wird, bei dem dem Gesetzgeber eine eingehendere Prüfung vorgeschwebt hatte — vielleicht trifft dies zuweilen zu bei den Beschlüssen über die Eröffnung des Hauptverfahrens — und daß, wie noch neuerdings der preussische Justizminister mit Recht gerügt hat, zuweilen die Strafsjustiz im Gegensatz zur Ziviljustiz als ein Zweig der richterlichen Thätigkeit angesehen wird, auf dem die tüchtigeren Kräfte des Richterstandes nicht zu verwenden wären. Endlich wäre auch zu erwägen, ob nicht die von den Universitätslehrern oft gerügte mangelhafte theoretische Ausbildung mancher Justizaspiranten gerade bei der freieren Stellung, welche

die neue Justizgesetzgebung dem Richter einräumt, in einer mehr um sich greifenden mechanischen Abarbeitung einzelner Sachen bei den unteren Gerichten hier und da schon sich nachtheilig erweist. Aber die Hauptsache scheint uns, was den Strafprozeß betrifft, eine immer mehr um sich greifende Verflachung in der Beurtheilung der Beweise, ein Urtheilen immer mehr auf den bloßen Gesamteindruck statt einer genauen Berücksichtigung auch der einzelnen Beweisgründe.“

Am 31. Dezember v. J. ist in Oldenburg der Generalleutnant a la suite der Armee und preussische Gesandte an den Höfen von Oldenburg und Braunschweig, Prinz Gustav zu Hienburg-Büdingen gestorben. Derselbe war am 17. Februar 1813 geboren. Bald nach seiner im Jahre 1840 stattgefundenen Vermählung mit der (von Friedrich Wilhelm IV. diplomirten) Gräfin Vertha v. Holleben verließ er als Rittmeister des Garde-Drägoner-Regiments den aktiven Militärdienst und trat in das auswärtige Amt ein. 1852 wurde er an Stelle Harry v. Arnims als Legationssekretär nach Hannover versetzt, wo damals der Kavallerie-General, Graf Rostiz, ehemaliger Adjutant des Fürsten Blicher, als preussischer Gesandter fungirte. Als dieser noch in demselben Jahre seinen Abschied nahm, wurde Prinz Hienburg zunächst zum preussischen Geschäftsträger bei der hannoverschen Regierung bestellt, und bald darauf zum Gesandten beim Hofe des Königs Georg befördert. In dieser Stellung lag ihm 1866 die schwere Pflicht ob, im Auftrage seiner Regierung seinen unglücklichen Milchbruder, den König Georg, vor die Alternative eines Krieges mit Preußen oder des Verzichtes auf wichtige Hoheitsrechte zu stellen. Nach dem Zusammenbruch des hannoverschen Thrones wurde dem Prinzen Hienburg als eine Art Sinecure der Gesandtschaftsposten in Oldenburg und Braunschweig mit dem Domizil in erstgenannter Stadt übertragen. Der Verstorbene war ein überaus pflichttreuer Beamter, der seine Geschäfte in der Regel ohne jede fremde Beihilfe besorgte und deshalb nicht einmal der Unterstützung eines Kanzlers bedurfte. Im persönlichen Verkehr entfaltete er bei höchster Einfachheit sehr viel Liebenswürdigkeit. Außer einer hochbetagten Wittve, Ehrenbabe des Theresienordens, hinterläßt er einen einzigen 42-jährigen Sohn, Kavalleriemajor in preussischen Diensten.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 3. Januar. Die Aufregung über den Selbstmord des Grafen Wimpffen hat sich begreiflicherweise noch keineswegs gelegt, zumal, da das Motiv der That noch in Dunkel gehüllt ist. Ueber diese Ursachen liegen authentische Nachrichten nicht vor, doch tritt die Behauptung, daß es finanzielle Schwierigkeiten gewesen sind, welche den Botschafter schließlich in den Tod getrieben haben, immer bestimmter auf. Der „Pester Lloyd“ und das „N. W. Tgbl.“ veröffentlichen heute gleichlautend eine Pariser Depesche, deren Authentizität sie selbst vertreten mögen. In derselben heißt es:

In jener Zeit, als Graf Wimpffen noch österreichischer Botschafter in Rom war, machte er die Bekanntschaft des Herrn Bontour und schon damals wurde davon gesprochen, daß Graf Wimpffen durch seine Theilnahme an den Spekulationen Bontours große Summen gewonnen hätte. Der Umstand, daß Bontour in hohen Kreisen eine gerne gesehene Persönlichkeit war, hätte den österreichischen Botschafter in Rom bestimmt, mit dem Pariser Finanzmann in sehr intimer Weise zu verkehren und ihm großes Vertrauen entgegenzubringen. Diese Verbindung dauerte fort und als der Bontour-Krach hereinbrach, traf er auch in empfindlichster Weise den Grafen Wimpffen. Dieser hoffte in Paris ein Arrangement seiner gestörten Verhältnisse zu Stande zu bringen und soll sich Graf Wimpffen in der That vertrauensvoll an einen in Paris lebenden ausländischen großen Finanzier gewendet haben, um durch ihn jenes Arrangement zu erzielen; alle diese Umstände und die peinlichen Verhandlungen über jenes Arrangement hatten den Grafen Wimpffen schon seit Wochen in eine unsäglich nervöse Aufregung versetzt.

Unter dem in Paris lebenden ausländischen Finanzier ist ohne Zweifel Baron Hirsch zu verstehen, an welchen bekanntlich ein im Nachlaß des Grafen aufgefundenen Brief gerichtet war. Jedenfalls hat die Existenz dieses Briefes den Gerüchten über finanzielle Verwickelungen des Verstorbenen, welche in Folge der bestimmten Dementis aus Paris und Wien bereits verstummen wollten, neue Nahrung gegeben. Indessen wird über den Inhalt jenes an Baron Hirsch gerichteten Briefes aus Paris neuerdings mitgetheilt (auch in unserem Mittagsblatte von gestern bereits erwähnt. D. Red.), daß derselbe seinem vollständigen Sinne nach nichts weiter besage, als das Folgende: „Wenn Sie diesen Brief erhalten, werde ich nicht mehr sein. Ich bitte Sie und Ihre Frau Gemahlin, meiner Familie unter diesen traurigen Umständen beifällig zu sein. Ich wünsche, daß meine Frau Paris so bald wie möglich verlasse.“ Der von dem Grafen Wimpffen an seinen Chef, den österreichisch-ungarischen Minister des Aeußeren,

des Nationalwillens war? Ist es möglich, daß der Willen eines Volkes die Gewalt angewendet hat, um die Gerechtigkeit und das Recht umzustößen? um das Volk selbst zu vernichten? Das kann man nicht gelten lassen: bedenken Sie wohl, meine Herren, man strebt nichts Geringeres an, als Sie zu überraschen, Ihnen ein Urtheil zu entreißen, in dem es heiße: „In Erwägung dessen, daß der 2. Dezember der Moral, einer latenten Sendung entsprach, welche der Prinz Louis Napoleon erhalten, sind die Leute, welche auf den Barrikaden gefallen sind, Form Rechts niedergemacht worden.“ Das kann nicht geschehen. Nein, Sie werden ein Zeugniß der Art nicht geben, weil Sie es nicht geben können, denn für diesen Rechts-Handel giebt es keine letzte Instanz: er ist gestern zur Frage gestanden, er wird morgen, übermorgen ohne Rast und Ruhe immer wieder aufgenommen werden, bis der Gerechtigkeit volles Genüge geschehen sein wird. Der Prozeß des 2. Dezember wird, was man auch dagegen thun möge, in Paris, London, Berlin, Newyork, in der ganzen Welt immer wieder zur Sprache gebracht werden und allerorten wird das öffentliche Rechtsbewußtsein denselben Wahrspruch fällen. Schon liegen die Thatfachen vor, welche unsere Gegner richten. Seit siebenzehn Jahren seid Ihr die unumschränkten, absoluten Herren Frankreichs — so sagt Ihr selbst. — Wir forschen nicht nach dem Gebrauch, den Ihr von seinen Reichthümern, von seinem Blut, seiner Ehre, seinem Ruhm gemacht. Wir sprechen nicht von seiner gefährdeten Integrität, von den Finanzkrisen, die wie Minen unter unseren Füßen gelegt sind. Aber was Euch am Besten richtet, weil es die Bekräftigung Eurer eigenen Gewissensbisse ist — das bleibt der Umstand, daß Ihr nie gewagt, zu sagen: „Wir werden den 2. Dezember als nationalen Feiertag anerkennen und feiern.“ Und doch haben sich alle anderen Regierungen, die in der Herrschaft über unser Land einander gefolgt sind, ihren Geburtstag sich zur Ehre angerechnet. So ward der 14. Juli, der 10. August gefeiert. Die Julitage

von 1830 wurden gleich dem 24. Februar festlich begangen. Nur zwei Jahrestage, der 18. Brumaire und der 2. Dezember, wurden von allem Anfang an niemals mit Solennität begangen, weil Ihr wohl gewußt, daß solchem Beginnen das allgemeine Rechtsgefühl sich widersetzt hätte. Nun denn, diesen Jahrestag, den Ihr nicht anerkennen mochtet, den nehmen wir für uns in Anspruch. Wir werden ihn immerfort feiern. Jahr um Jahr soll er der Gedenktag unserer Todten sein bis zu dem Tage, an welchem das Land wieder Herr seiner selbst geworden, Euch die große Nationalföhne im Namen der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit auflegen wird!! (Zu dem Staatsanwalt gewendet): Sie jucken die Achseln?

Staatsanwalt: Das ist ja kein Plaidoyer mehr. Gambetta: Hören Sie denn: Ich fürchte Ihre Geringschätzung so wenig als Ihre Einschüchterungen. Zum Schluß Ihrer gestrigen Anklage haben Sie gesagt: „Wir werden uns vorsehen!“ Wie, Sie, ein Staatsanwalt, ein Mann in Amt und Würden, ein Mann des Gesetzes — Sie wagen es zu sagen: „Wir werden Euch maßregeln?“ Und womit? Sind das nicht Drohungen? Wohl denn; vernehmen Sie mein letztes Wort: Sie können uns wohl mißhandeln, aber Sie werden uns niemals entehren oder entmüthigen können. . .“

Zum zweiten Male nachher, am 4. September 1870, versammelte sich Gambetta's Donnerwort im tobenden Gewühl des von Volksmassen überflutheten „Corps législatif“ Gehör für die historisch denkwürdige Erklärung:

„In Erwägung, daß das Vaterland in Gefahr ist; in Erwägung, daß der Nationalvertretung alle erforderliche Zeit gewährt wurde, um die Thronentsetzung auszusprechen; in Erwägung, daß wir die regelrechte Gewalt als Ausfluß des freien allgemeinen Stimmenrechtes darstellen:

erklären wir, daß Louis Napoleon Bonaparte und seine Dynastie für immer aufgehört haben, über Frankreich zu herrschen.“

Eine Stunde später ward auf dem Pariser Stadthause die Republik proklamiert. Gambetta's Prophezeiung aber war erfüllt und Frankreich sich selbst wiedergegeben.

(Nach der „Wiener Presse.“)

New-Yorker-Briefe.

XLIII.

Newyork, 14. Dezember.

(Schluß.)

In der Militär-Akademie in West-Point ist die Disziplin etwas besser geworden, die angehenden Waterlandsvertheidiger lassen das Sänseln in grober Manier jezt, dafür widmen sie sich dem Sport des Faustkampfes, mittelst welches sie jezt ihre Differenzen unter einander beglichen.

Der See-Akademie in Annapolis, welche jährlich das Glück hat, ein offizielles Besuchs-Komitee in ihren Mauern zu sehen, wird das glänzendste Zeugniß ausgestellt; diese Herren haben aber auch in der kurzen Zeit ihres Aufenthaltes gelebt wie Vespasars. Regenschirme und Visitenkarten, Rasiren und Blumen, Zeitungen und Wäpfe fungiren in der 2189 Dollars betragenden Rechnung, über ein Drittel der ganzen Summe ist aber in Gestalt alkoholiger Getränke in den Gurgeln der Herren verschwunden und in Rauch aufgegangen.

Schulden machen und nicht bezahlen ist nach den Ausführungen des General-Auditeurs eines Offiziers durchaus würdig und nicht im Mindesten Grund gegen ihn kriegsrechtlich vorzugehen, solange er die Gelder nicht durch Betrug erhalten hat. Giebt Jemand einem Offizier Kredit, trotzdem er weiß, daß derselbe nur sein Gehalt hat und davon schwerlich die Schuld abtragen kann, dann muß der leichtsinnige Gläubiger auch die Folgen tragen, der Offiziersbezieher thut ein Prozeß vor den Zivilgerichten und möglichenfalls Einsperrung in's Schuldgefängniß keinen Abbruch.

Bundeseigenthum ist steuerfrei und der dadurch dem Stadt-

Grafen Kalnoky, hinterlassene Brief ist durch einen Spezial-Courier sofort nach Wien abgeschickt worden. Der Courier ist bis jetzt aber noch nicht an seinem Bestimmungsorte eingetroffen, weil durch die Rheinüberschwemmung die Eisenbahnverbindungen bei Weisenburg unterbrochen sind.

Im Gegensatz zu den obigen Andeutungen über die finanziellen Verlegenheiten des Grafen, auch allen anderen Gerüchten gegenüber äußert sich die „N. Fr. Pr.“ mit großer Entschiedenheit folgendermaßen:

Nach sorgfältigster Prüfung können wir versichern, daß nicht ein einziges von diesen Motiven auch nur im geringsten Grade zutrifft, daß die Ehre des Botschafters makellos und über allen Tadel erhaben ist. Die That ist nur durch einen plötzlich ausgebrochenen Wahn zu erklären, was aus folgenden Umständen zu ersehen ist: Graf Wimpffen war seit acht Tagen wie umgewandelt und namentlich sehr reizbar. Er litt an Schlaflosigkeit und nahm zu Chlorhydrat seine Zuflucht, zuweilen verfiel er wieder in stumpfe Apathie. Die kleinste, unbedeutendste Sache regte ihn in Folge dessen unmäßig auf und dann wieder konnte er stundenlang in ein Schriftstück starren, ohne Sinn und Inhalt recht zu verstehen. Sehr viel beschäftigte ihn seine Wohnung. Er hatte für neun Jahre das Palais Beaufrémont gemietet, war mit der Einrichtung nicht zufrieden und rief immer: „Es ist wirklich, um sich todtschießen!“ Dann hatte er wieder Sorgen, daß er nicht neun Jahre werde in Paris bleiben können und daß sein Nachfolger die Wohnung nicht übernehmen werde, daß sie zu viel koste (obwohl das Geld hierfür, wie die Gräfin ihm oft tröstend sagte, ja bereit lag) und dergleichen mehr. Dann wieder fürchtete er, seiner Aufgabe nicht gewachsen zu sein, sprach von seiner Demission, schrieb jedes Schriftstück mehrere Male um und bereitete sich selbst tausend Schwierigkeiten, für die gar kein Grund bestand, denn er war mit seinen Chefs, sowie mit allen maßgebenden politischen Personen im besten Einvernehmen; überdies bestand keine schwierige politische Frage. Alle diese Erscheinungen waren nicht die Ursache, sondern schon die Wirkung seines in Folge von Schlaflosigkeit auftretenden Irrewahns. Den Tag vor der Katastrophe ging er sehr aufgeregt von dannen, sprach laut mit sich selbst auf der Gasse, speiste später mit dem Grafen Zichy, und sechs Stunden quälte er sich in exaltirtester Weise mit finsternen Gedanken, welche ihm Graf Zichy vergeblich auszureden trachtete. Vor einigen Tagen hatte er einen Revolver gekauft. Niemand dachte, der Graf werde sich ans Leben gehen; dazu war kein Grund erkennbar, und so ließ man ihm die Waffe. Mit seiner Familie lebte er in bester Harmonie, war fast immer zu Hause, besuchte wenig die große Welt, verehrte seine Frau und seine Kinder. Seine Finanzen sind vollständig geregelt; er hinterläßt Alles in Allem etwa eine halbe Million. Das Gauverl trägt einfach die Worte: „Mein letzter Wille.“ Die Gräfin erhält eine gewisse Summe ausgesetzt; das übrige Vermögen theilte der Graf unter seine beiden Mädchen, von denen das ältere 14 Jahre alt ist.

Es muß also dahingestellt bleiben, wo die absolute Wahrheit und die eigentlichen Motive zu suchen sind. Unzweifelhaft aber muß immerhin die Geistesstörung bleiben, nur fragt es sich, ob sie eine selbständige, oder auf irgend welche vorausgegangene reale Dissonanzen zurückzuführen ist. — Am Dienstag hat übrigens die kirchliche Einsegnung der Leiche stattgefunden. Der kirchliche Akt war einen Augenblick in Frage gestellt. Die katholische Kirche vermag bekanntlich bei gewaltigen Todesfällen die Einsegnung; es entstand darum die Frage, ob diese Maßregel auf den österreichischen Botschafter anwendbar sei. Dr. Konstantin James wurde beauftragt, zu untersuchen, ob Graf Wimpffen den Selbstmord mit oder ohne Bewußtsein begangen habe. Dr. James sprach sich dahin aus, Graf Wimpffen habe unter dem Eindruck einer großen Geistesstörung gehandelt, seine Handlung könne ihm daher nicht zugerechnet werden. Daraufhin gab der Kardinal sofort die Autorisation an die Kirche St. Clotilde, verlangte aber möglichst wenig Aufsehen.

Prag, 2. Januar. Die tschechischen Chauvinisten fühlen sich durch den Tod Gambetta's schmerzlich betroffen. Aus Prag, Rutenberg, Paudnis, Präbram u. i. m. sind von tschechischer Seite Trauerdepechen an den Präsidenten Greyn abgegangen, welche befehlen: die tschechische Nation weine um Gambetta, weil er ein muthiger Freund des Elanenthums und ein Verfechter des Bündnisses der romanischen und slavischen Völker gegen die gemeinsamen Feinde gewesen sei. Wenn Gambetta wieder genesen und zur Gewalt gekommen wäre, so würden die Panславisten in Rußland und Böhmen wahrscheinlich eine arge Enttäuschung erlebt haben.

Frankreich.

Paris, 3. Januar. Alle Pariser Blätter, ohne Unterschied der Partei, veröffentlichen lange Nachrufe, in welchen Gam-

betta in den verschiedenen großen Städten erwachsene Ausfall ist ganz bedeutend, wie die folgende Liste der Washingtoner Gebäude zeigt. Das Kapitol ist veranschlagt zu Doll. 15,699,556 und der Grund und Boden zu Doll. 7,907,595. Das weiße Haus zu 763,090. Das Schatzamtsgebäude zu Doll. 7,008,454. Das Gebäude des Staats-, Kriegs- und Marine-Departements zu Doll. 6,211,161. Das Ackerbau-Departement Doll. 1,020,911. Das Smithsonian-Institut Doll. 492,651 und das National-Museum $\frac{1}{4}$ Million, der Grund und Boden aber Doll. 2,533,378. Der Platz vor dem letzteren Doll. 1,815,781 und das Washington-Monument Doll. 300,000. Das National-Observatorium mit Platz Doll. 381,145. Das Patentamt mit Platz Doll. 3,754,883. Das Arsenal mit Platz Doll. 1,454,931 und die Kaserne des Marine-Korps Doll. 360,872. Die Staatsdruckerei Doll. 573,149. Das Bureau des Genie-Korps Doll. 214,367. Das medizinische Museum Doll. 96,280. Das Gebäude sammt dem Platz der Postoffizier Doll. 2,436,995. Der Gerichts- und Rathhausplatz Doll. 1,399,713. Doll. 525,550 das Gefängnis. Der Schiffsbauhof mit Werften und Gebäuden Doll. 5,029,308. Der botanische Garten mit Gebäuden Doll. 2,077,525. Der Aquädukt mit Röhren zc. Doll. 4,019,823. Die öffentlichen Plätze zc. Doll. 4,682,942. Das Justiz-Departement und Platz Doll. 300,000. Das Irren-Asyl Doll. 1,349,775 und die Reform-Schule Doll. 221,056. Das Invalidenhaus und Platz Doll. 683,947. Doll. 95,000 das Flottenmagazin und endlich in dem deutschen Viertel, in Georgetown das Postamt und Zollhaus Doll. 63,767. Bei vielen der Gebäude ist der Grund und Boden bedeutend theurer als diese selbst.

In Phelps im Staate Newyork hat der Astronom Professor Brooks es für nothwendig erachtet, an die Prediger ein Rundschreiben zu erlassen, in welchem er sie am 3. Dezember auffordert, für gut Wetter am 6. zu bitten, da von der genauen Beobachtung des Venus-Durchganges das Wohl und Wehe der

Welt's Verdienste aufgezählt und seine Fehler nicht allzu sehr hervorgehoben werden. Die Lage wird im Allgemeinen ziemlich ruhig beurtheilt. Die Blätter erinnern an das Wort: Der König ist todt, es lebe der König! und das „XIX. Siècle“ überseht diesen Ruf: „Frankreich hat einen großen Mann verloren, es lebe Frankreich!“ Andere radikale Zeitungen führen aus, daß die Geschichte einer Nation nicht von einem Manne, sondern von den Ideen und Grundsätzen abhängen, und sprechen in Folge dessen ihren Tadel darüber aus, daß Gambetta sein politisches System auf seine Person zugeschnitten habe. Rochefort spricht in einem Zeitartikel „Die Partei in Liquidation“ die Ansicht aus, daß die Union républicaine ihre Seele verloren habe und der Auflösung verfallen sei. Im Allgemeinen herrscht die Meinung, daß das Elysée bei der Neugestaltung der Verhältnisse einen großen Einfluß ausüben werde. Die „République française“ meint, das republikanische Frankreich frage nur, was soll aus uns werden. Die Demokratie brauche aber nur in der maßvollen und entschlossenen Politik, die Gambetta befolgt, fortzufahren. Es sei jetzt genug der persönlichen Intriguen, des Wettlaufs um Popularität. Die Befolgung der Devise des Verstorbenen: Arbeit und Einigkeit! werde Frankreich Reichthum, Wohlstand, Freiheit und Größe bringen.

Paris, 3. Januar. Ueber die Hinterlassenschaft Gambetta's gehen die Nachrichten auseinander. Die Einen nennen ganz fabelhafte Ziffern, sie behaupten, Gambetta's Vermögen belaufe sich auf viele Millionen, während die Anderen nur von 6—700,000 Francs sprechen, die er hauptsächlich durch die „République française“ und die „Petite République française“, deren Miteigenthümer er war, gewonnen habe. Letzterer Ansicht ist ganz entschieden der Korrespondent der „N. Z.“ Der Werth dieser Objekte sei hinsichtlich der zukünftigen Gestaltung der Dinge sogar noch weit geringer zu veranschlagen, was sehr wahrscheinlich klingt. — Uebrigens beginnt man nun einzusehen, daß Schußwunde folgendermaßen entstanden ist: Als Gambetta Madame Léon sagte, er wolle sich verheirathen, wurde die Dame dermaßen erregt, daß sie sich selbst ums Leben bringen wollte und einen Revolver gegen sich richtete. Gambetta wollte sie davon abhalten, griff nach der Waffe und erhielt dabei einen Schuß in die Hand. Seitdem wick Madame Léon nicht von seinem Bette und pflegte ihn Tag und Nacht. Die eigentliche Todesursache ist Blutvergiftung, begleitet von Diabetes. — Frau Léonie Léon ist die Dame, die in letzter Zeit in dem Hause zu Ville d'Avray in der Nähe Gambetta's weilte. Sie weilte an seinem Krankenbett, pflegte ihn aufopfernd, und als er seinen letzten Athemzug gethan, warf sie sich mit lautem Aufschrei an die Brust des Todten und küßte ihn. In der Nacht traf auch noch die Schwester des Verstorbenen, Frau Léris, in Ville d'Avray ein. Sie hatte Frau Léon nur selten gesehen. Vor dem Sterbelager fielen die beiden Frauen einander in die Arme und vermischten ihre Thränen.

Leider steht zu befürchten, daß das Leichenbegängniß von einem ersten Mißklang gestört werden wird. Die Pariser Elaf-Bohringischen Vereine beabsichtigen nämlich, den Leichenzug Gambetta's zu einer großen Manifestation gegen Deutschland zu gestalten. Da die Regierung die Feier anordnet, also verantwortlich ist, wird sich dieselbe gewiß bestreben, den internationalen Rücksichten Rechnung zu tragen; es dürfte aber schwierig sein, provozirende Demonstrationen gänzlich zu verhindern.

Großbritannien und Irland.

London, 2. Januar. Der älteste Sohn des Premiers, Mr. Herbert Gladstone, wohnte mit Lord Roseberry vorgestern einer großen liberalen Demonstration der Grafschaften Peebles und Selkirk in Schottland bei. Gladstone bemerkte mit Bezug auf die irischen Angelegenheiten: Die Form der Regierung in Irland sei eine so schlechte, wie sie nur gedacht werden könne und in seinen Augen die schlechteste, welche in Europa gefunden werden könne. Die Zentralisation sei der Fluch des Landes. Jedermann in Irland blickt nur nach der Regierung

Menschheit für die nächsten 120 Jahre abhinge, und trotz der gegentheiligen Prophezeiungen der Wettermacher haben diese Gebete für Newyork wenigstens Erhörung gefunden. Vor allen Thüren standen die Beobachter und besonders die Diner der heiligen Hermadab, deren Amt es ist, die Vertreter des schönen Geschlechts durch die Brandung des Broadway-Verkehrs an den Straßenkreuzungen zu geleiten, waren so eifrige Sterngucker geworden, daß beispielsweise einer derselben erst bei handgreiflicher Berührung wieder so weit zur Erde zurückkehrte, um der seinen Beistand ersiehenden Dame ritterlich den Arm zu bieten, und sie über die Straßen zu lootsen, wo er dann seine Beobachtungen wieder fortsetzte.

Wieder hat die Nation einen Verlust erlitten, der unersetzlich. Einer aus dem Reiche der Urbewohner, der Letzte aus dem Stamme der Uncas, des großen Häuptlings der Mohogan-Indianer, welche vor 200 Jahren den Staat Connecticut bewohnten, ist in Norwich verstorben. Samuel Brüssel nannte er sich und erinnerte in Nichts an seinen großen Urahn, welcher durch P. J. Cooper dem Kreise aller Leser wohl bekannt ist. Häßlich und verkrüppelt, war er dennoch sehr stolz auf seine Abkunft und der einzige in dieser Gegend von reinem Blut. Seinem Wunsche, daß nach seinem Ableben die Flaggen in der Stadt auf Halbmaß gezogen werden sollten, wurde entsprochen, seine Stammesgenossen, die eine Reservation nahebei innehaben, hatten aber nicht einmal einen Abgeordneten zur Beerdigung, welche während eines tollen Schneesturmes stattfand, gesandt.

Und ein anderes Faktum wirft ein grelles Streiflicht auf die sozialen Zustände in unserem Staate!

Es war am 24. Oktober d. J., als der Laden einer bederenden Mäntel-Handlung in der Staats-Hauptstadt Albany von Dieben besucht wurde, welche Pelzmäntel im Werthe von über 6000 M. mitgehen ließen. Die ganze Geheimpolizei wurde in Bewegung gesetzt, die Newyorker Polizei benachrichtiget, ein wirk-

lich große Belohnung ausgesetzt, umsonst; keine Spur der Gauner! Vor zwei Wochen nun erhielt die Firma anonyme Briefe von einem Mitglied der Bande der mit seinen Genossen in Streit gerathen und nun den Verräther spielen wollte. Bald darauf wurde Zurücklieferung der Mäntel versprochen. Eines Abends fuhr ein Mitglied der Firma richtig zum Bahnhof, um den „Dieb“, der von Newyork kam, zu erwarten. Wirklich kam derselbe mit allen Waaren und fuhr mit den Herren in der Equipage nach dessen Hause, wo er freundlich empfangen und königlich bewirthet wurde. Nach aufgehobener Tafel wurde wieder angepannt und der Herr Gauner kehrte unbehelligt nach der Metropole der Intelligenz „in der neuen Welt“ zurück!

London, 2. Januar. Sir Charles Dilke bemerkte gestern im Beginn einer zu Chelsea gehaltenen Rede: „Da ich Gambetta aus langjährigem vertrautem Umgange kannte und als Ausschussvorsitzer Englands mit ihm als dem Ausschussvorsitzer Frankreichs über den Handelsvertrag verhandelte, so ist es billig, daß ich Englands Trauergefühl über seinen Tod ausdrücke. Ich hatte persönlich Anlaß, von seiner Meinung bei den Verhandlungen betreffs der Interessen Englands abzuweichen, wie ich überhaupt in vielen Fragen, welche wir privatim erörterten, sowohl was Europa als Frankreich betrifft, von ihm abwich; aber ob wir abwichen oder übereinstimmten, alle englischen Kommissare, die im vorigen Jahre in Paris waren, stimmten überein betreffs seiner Höflichkeit und Güte gegen alle Engländer. Sein gewaltiger Muth, seine glänzende Beredsamkeit und seine für alle, welche ihn kannten, beispiellose Munterkeit und sein sprühender Witz machten ihn zum ersten Franzosen seiner Zeit. Es ist daher billig, daß wir bei dieser ersten öffentlichen Versammlung, welche seit seinem Tode abgehalten wird, unser aufrichtiges Bedauern über seinen Tod ausdrücken.“

Italien.

Rom, 2. Januar. Bekanntlich hatte der Telegraph die That des Schneiders Valeriani als einen Akt persönlicher Verwundung charakterisirt, welchem jedes allgemeinere Motiv fehlte. Es werden jetzt Stimmen laut, welche der ausgegebenen Parole zum Trotz anderer Meinung zu sein wagen und behaupten, die an die Berichterstatler gegebenen Informationen seien absichtlich gefälscht, da der Regierung darum zu thun wäre, jeden neuen Konflikt mit Oesterreich zu vermeiden. Wäre diese Erklärung thatsächlich und der Wahrheit entsprechend, so wäre sie ein bedeutungsvoller Beweis von der Friedfertigkeit und Besonnenheit der italienischen Regierung. Der „Messaggero“ meint, die Zahl der Equipagen bei der Auffahrt sei so groß gewesen, daß der österreichische Botschaftswagen unmöglich zufällig getroffen sein könne. Der Attentäter hätte sogar gerufen „mori!“ — stirb! als er den Stein schleuderte. Indessen gerade durch diese Beweisführung schlägt sich der „Messaggero“ selbst, denn es ist klar, daß kein Irredentist ein Attentat auf das Leben eines Menschen unternehmen wird, indem er gegen dessen Equipage einen Stein schleudert. Die Angelegenheit ist also zweifelsohne bedeutungslos.

— Der Oberbankprozeß wird noch ein interessantes Nachspiel vor den italienischen Gerichten erhalten. Am Tage vor Neujahr wurde von dem römischen Untersuchungsrichter ein der Mitschuld bei dem Attentat Oberbank's Angeklagter, Basilio Fabris aus Istrien, ein naturalisirter Italiener, verhört. Das Verhör erfolgte auf Requisition des Gerichts in Udine, wo ein anderer Mitschuldiger Oberbank's, Ragosa, sich in Haft befindet. Die „Sega della Democrazia“ publizirt nun, dem „Berl. Tagebl.“ zufolge, einen Brief von Basilio Fabris, worin er erklärt, daß er seine Rolle als Zeuge freiwillig in die Rolle eines Angeklagten verwandelte, weil er so vor dem Gericht Licht über die Verschwörung verbreiten könne und die Verbindungen

Wieder muß ich rückwärts gehen; es wird schier unmöglich, die Sylvesternacht auf der Newyork-Brooklyn Bridge zu feiern, sintemal und all dieweilen dieselbe noch immer der Vollendung harret. Der Präsident des Direktoriums ist nach kurzem Krankenlager gestorben, der Ober-Ingenieur ist seit Jahren krank und so geht Einer nach dem Anderen, eine Million nach der Anderen, aber das Ende sieht man nicht!

Nun hoffentlich im Nächsten!

In den Theatern herrschen auch flauere Zeiten vor. Die festsche Peppi hat in Philadelphia keine Schätze gesammelt, hier im Verein mit Knaak und Teweke scheint jetzt der Goldberg zu kommen, aber von allen Direktoren wird außer Impresario Amberg mit Frau Geisinger als „Star“ und vielen Kometen erster Ordnung sich wohl Keiner eines pekuniären Erfolges rühmen können.

Und damit komme ich zum Schluß, binnen Kurzem läuten die Glocken das neue Jahr ein, möge es bringen was das Gegenwärtige uns vorenthalten.

E. A. n. n. i. m.

des Ministerpräsidenten Depretis und Mancini's mit der Irredenta während vier Jahre, 1878 bis 1882 nachweisen werde. Er behauptet, lange persönliche und offiziöse Beziehungen zu beiden Ministern gehabt zu haben, welche ihn jetzt seit mehreren Monaten als Irredentist verfolgen. Dieselben Aussagen machte Fabris vor dem Untersuchungsrichter. Fabris ist bis jetzt auf freiem Fuße. Die Anklage gegen ihn lautet auf Verschwörung gegen das Leben eines fremden Souverains, welche das italienische Strafgesetzbuch, Artikel 160 und 176, mit zehn Jahren Zuchthaus bestraft. Fabris droht in der „Vega della Democrazia“ mit der Veröffentlichung im Auslande aller in seinen Händen befindlichen, für die Regierung kompromittirenden Dokumente bezüglich der Irredenta. Er erklärt ferner, daß er in Folge der Drohbriebe, welche sein Leben gefährden, alle Dokumente in Sicherheit brachte, sein eigenes Testament aber bei dem Notar Vini in Rom hinterlegte. Man muß abwarten, ob man es mit der That eines wahrhaftigen Muthhelden oder mit einem auf Thatfachen basirten Nachahmer zu thun hat. Die Klerikalen haben oft genug behauptet, daß die beiden Minister früher Mitglieder der Irredenta gewesen sind.

Rußland und Polen.

Petersburg, 1. Januar. Drei russische Blätter, die gleichzeitig mit großer Reiztheit das System der Regierung angriffen, haben sich noch nicht vor Jahreschluß Verwarnungen und andere Maßregelungen zugezogen. So hat der „Golos“, dieses Schreckenskind der russischen Presse, die zweite Verwarnung erhalten, weil, wie die „R. Z.“ glaubt, Herr Roschew in einem Feuilleton sich sehr eingehend mit der zukünftigen russischen Verfassung beschäftigte und eigentlich schlanghaft deren Einführung verlangte. (Diese Vermuthung ist weit zutreffender, als jene der „R. Z.“, welche die Maßregelung auf den Artikel über das deutsch-russische Bündniß zurückführte.) Nach der in Regierungskreisen herrschenden Ansicht regt dieses entsetzliche Wort die Gemüther mehr auf als Dynamit, Staatsbankrott oder ein türkischer Krieg; in Wirklichkeit dagegen hatten sehr viele Leute das Roschew'sche Feuilleton gar nicht beachtet, und als es hieß, der „Golos“ habe wieder einmal eine Verwarnung bekommen, da wußte man selbst in Journalistenkreisen anfangs nicht, warum. Den Grund erfährt man erst, als man sich die im „Regierungs-Anzeiger“ angeführte Nummer verschafft hatte, was natürlich augenblicklich und allseitig geschah. Zum Ueberfluß trat auch noch Fürst Meshcherski dem „Golos“ gegenüber und kanzelte ihn für seine Annäherung im „Grafshofen“ gehörig ab. Trotzdem aber auf diese Weise dem „Golos“-Artikel die weitest Verbreitung gesichert worden, ist dennoch vor der Hand von einer Erregung der Gemüther noch nichts zu spüren. In gewissen Kreisen aber ist man wieder einmal bei der bloßen Nennung dieses verpönten Wortes in die alte Nervosität verfallen, und doch ist selbst die russische Regierung nicht der Meinung, daß mit der Maßregelung von ein paar Zeitungschreibern und Studenten die sich unabwendbar vollziehenden Ereignisse in ihrem Gange gehemmt werden können.

Petersburg, 2. Januar. Die Nachricht von dem Tode Gambetta's hat namentlich auch in Petersburg und Moskau große Aufregung hervorgerufen. Die kühnen Hoffnungen und Pläne, welche die Panlawisten an die Persönlichkeit des Verstorbenen geknüpft, sind nun mit einem Schlage zerflöhrt. Ueber den Eindruck, den die Trauerkunde in der russischen Hauptstadt gemacht, schreibt man der „Tribüne“: „Wäre Gambetta ein geborener Russe gewesen, so könnte die Nachricht keine tiefere Bestürzung hervorrufen, als sie sich in den meisten russischen Kreisen zeigte. Die Stadt ist sehr belebt, man sieht schon zu ungewohnt frühen Stunden hiesige Politiker sich besuchen, die Cafés sind überfüllt und mit einer gewissen Scheu beglückwünscht man die anwesenden Deutschen. Bei Skobelew's Tode war es so lebhaft nicht; Jedermann fühlt den Ernst des Ereignisses, überall spricht man von dem fabelhaften Glück des deutschen Kanzlers, der gerade jetzt, da kaum das Waffengewalt wieder etwas stiller geworden, den französischen Revancheführer, die beste Hoffnung der russischen Aktionspartei, gleichsam a tempo in's Grab sinken sieht. Freilich erinnert man auch daran, daß nun die „Militärpartei“ in Deutschland, von deren Existenz man sich hier oft Wunderbares erzählt, einen Vorwand weniger habe, um neue Rüstungen beim Reichstage durchzusetzen. Im Allgemeinen geht hier bis jetzt die Ansicht dahin, daß der Gambettismus seine Auflösung in eine Menge verworrenen Nebenzwecke entgegengehe, weil das Haupt, welches allein die nationale Idee rein gehalten habe, nicht mehr sei, während fortan die Vertretung der Revanche wahrscheinlich dem Prinzen Aimale, dem hoffnungsvollsten der Orleans, zur Verfolgung royalistischer Absichten dienen werde.“

Telegraphischer Specialbericht der „Posener Zeitung“.

Berlin, 4. Januar, Abends 7 Uhr.

Köln, 4. Januar. Der Rhein ist hier, bei Koblenz und Bingerbrück etwas gestiegen, bei Philippsburg gefallen und steht bei Mannheim; ebenso steht der Neckar bei Mannheim und Heidelberg.

Celle, 4. Januar. Bei der heutigen Landtags-Eröffnung wurde v. d. Biele-Winsen (nationalliberal) mit 196 von 203 Stimmen gewählt.

Dresden, 4. Januar. Die Elbe ist hier bis 425 gestiegen; von Prag und Leitmeritz wird langsames Fallen gemeldet.

Mannheim, 4. Januar. Die im Dezember veranstaltete Hauskollekte für die Ueberflutheten ergab 22,667 Mark. Das Komite beschloß, den größten Theil sofort an pfälzische, bairische und hessische Orte zu vertheilen.

Petersburg, 4. Januar. Das „Journal de St. Pé.“ tritt der Behauptung der „Times“ entgegen, daß das europäische Gleichgewicht durch den Tod Gambetta's eine Störung erleiden könne. Die Politik der Regierungen basire nicht auf so schwachen Grundlagen, daß der Tod eines Mannes ihr einen so schweren Schlag versetzen könne. Menschen gehen, aber Nationen bleiben und deren große Interessen. Diese werden heute wie gestern in Frankreich wie überall in erster Reihe die Aufrechterhaltung des Friedens und gegenseitiges Vertrauen für die Lösung aller auftauchender Fragen verlangen; man sieht absolut nicht, daß Gambetta's Tod diesen Zustand ändern könne.

Paris, 4. Januar. Eine zahlreiche Menschenmenge bewegte sich am Eingange des Palais Bourbon, um den Leichnam Gambetta's zu besichtigen, welcher gestern Abend hierher überführt worden ist.

Aus Macon wird gemeldet, die Saone sei bei Doubs ausgetreten. Mehrere Dörfer stehen unter Wasser; in Vonnepierre am Doubs sind 32 Häuser eingestürzt, in Châlons und Macon sind zahlreiche Straßen überschwemmt. Die Magazine sind geschlossen. Der angerichtete Schaden ist sehr beträchtlich. Seit heute früh fällt das Wasser.

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

x. — Das zweite Supplement der „Kunsthistorischen Bilderbogen“ (Verlag von E. A. Seemann) liegt jetzt vollständig vor. Zu den bisher erschienenen Blättern (Nr. 319–378) sind noch fünf polychrome Tafeln (Nr. 379–383) gekommen, welche dazu dienen sollen, von der farbigen Wirkung der griechischen Tempelbauten, von der Decoration der inneren Wände römischer Profanbauten und von der Bemalung griechischer Thongefäße eine klare Vorstellung zu geben. Sammtliche Tafeln sind mit technischer Vollendung hergestellt; namentlich geben die nach Aquarellen von Emil Hesse in der lithographischen Anstalt von J. G. Fritzsche in Leipzig ausgeführten Darstellungen des dorischen und des ionischen Giebels ein treffliches, durch den harmonischen Einfluß der Farben ausgezeichnetes Bild von dem Anblick griechischer Tempel, wie er sich muthmaßlich dem Auge der Alten dargestellt hat. Wir möchten diesen schönen Blättern Eingang in alle höheren Lehranstalten wünschen, da sie vorzugsweise geeignet sind, bei der Jugend den Sinn für edle Formen und für feine Farbensinnung zu wecken, ganz abgesehen von dem idealen Gewinne, der durch diesen wirkungsvollen Hinweis auf die Kultur des klassischen Alterthums erzielt werden dürfte. Zur Erläuterung der Tafeln dient ein von Dr. Theodor Schreiber, Dozent der Archäologie in Leipzig, verfaßter Text, welcher in Kürze alles zusammenfaßt, was in Bezug auf den fraglichen Gegenstand nach den jüngsten Ergebnissen der Forschung als feststehend oder als wahrscheinlich angesehen werden kann.

* Das uns soeben zugegangene neueste Heft der von Julius Rodenberg herausgegebenen und von Gebrüder Pötel in Berlin verlegten „Deutschen Rundschau“ zeigt diesmal auf dem wohlbekannten Umschlage eine kleine Veränderung: „Gundert's Heft“ lesen wir da, und auf hundert Monate eines ruhmvollen Bestehens kann heute die „Deutsche Rundschau“ zurückblicken. Wie vielfach sind diese beiden kleinen Zusatzworte des Titels, welche eine Summe von Fleiß und Arbeit, Mühen und Sorgen enthalten sie, wieviel geistige und materielle Anstrengungen hat es gekostet, daß sich die „Deutsche Rundschau“ die hohe Stellung, die sie seit ihrem Bestehen nicht nur in der deutschen, sondern in der europäischen Journal-Literatur eingenommen, zu bewahren geseht hat, und daß der Herausgeber wie die Verleger mit gerechtfertigtem Stolz auf die vorliegenden Jahrgänge sehen können und sich sagen dürfen, daß sie das Ziel, welches sie sich gestellt, — eine lebende deutsche Monatschrift zu schaffen, — erreicht haben! Die Vergangenheit der „Deutschen Rundschau“, der Ernst, mit welchem sie ihre Aufgabe erfaßt und bisher erfüllt, die Anerkennung, die sie sich erworben und die Verbreitung, die sie sich auch in Zukunft auf der erreichten Höhe halten wird; und wie sehr wir zu dieser Hoffnung berechtigt sind, beweist am besten das vorliegende hundertste (Januar-)Heft. Dasselbe wird eröffnet durch die Novelle „Der Bildhauer von Cautelets“ von A. Meinhardt, von welchem Autor die „Rundschau“ schon früher eine aufsehenerregende Erzählung („Schloß Polia“) gebracht hat. — Den zweiten Beitrag bildet Ludw. Friedländer's geistvolle Studie über „Das römische Afrika“. — Es folgt sodann des Freiherrn von der Goltz Aufsatz über „Strategie“, eine bedeutende Arbeit, welche namentlich in dem gegenwärtigen Moment mit Aufmerksamkeit gelesen werden wird. — Die sich anreihenden Fortsetzungen der Erzählungen eines deutschen Offiziers: „Aus zwei anekdotischen Ländern“ spielen größtentheils noch in Hannover und berichten uns mancherlei wichtige Details aus dem dortigen Hofleben. — Den fünften Beitrag des Heftes, „Die evangelische religiöse Bewegung in Rußland“ von Freiherrn von der Brüggen, können wir ganz besonders als einen zeitgemäßen betrachten. Sein Verfasser kennt Rußland und russisches intimes Leben, wie wenig Andere, die darüber schreiben, und verfolgt mit großem Eifer die in letzter Zeit im Zarenreiche mehr und mehr hervortretende religiöse Bewegung, die sich bis jetzt noch jeder Beobachtung entzogen hat. — Es reiht sich die Publikation eines (in Folge der in der „Rundschau“ veröffentlichten Conr. Ferd. Meyerschen Novelle: „Pape Leubeling“ entstandenen) interessanten Schriftstückes über den Tod Gustav Adolfs und seines treuen Pagen Leubeling an. — Den Schluß des ungemein inhaltsreichen „Rundschau“-Heftes bildet Karl Frenzel's Chronik der Berliner Theater.

* Deutsche Revue über das gesamte nationale Leben der Gegenwart herausgegeben von Richard Fleischer. VIII. Jahrgang. 1. (Januar-) Heft. 1883. Breslau und Berlin: Verlag von Eduard Trewendt. Inhalt: Hermann Lingg, „Mischel“. — Novelle. — W. v. Bezold, Internationale Polarforschung in den Jahren 1882 und 1883. — Schuke-Delelisch, Die deutschen Abgeordnetenliste von 1862 und 1863. — F. von Flotow, Erinnerungen an meinem Leben. — Jacob Bernays, „Weltalter und Weltreich“. Ein bisher ungebrachter Aufsatz. — von Gent, Vizeadmiral. Ein Weihnachtsaufsatz. — A. Fid., Ueber die Bedeutung des Eiseis in der Nahrung des Menschen. — E. Laspenres, Die deutschen Universitäten I. — Berichte aus allen Wissenschaften. — Kleine Revue: Politische Revue. Literarische Revue. — Literarische Berichte.

Locales und Provinzielles.

Posen, den 4. Januar.

— Der deutsche Beamtenverein hielt am Mittwoch, den 3. d. M. im Restaurant Tilsner und Schlichting seine ordentliche Monatsversammlung ab. Der Vorsitzende des Vereins, Gerichtssekretär Busse, beglückwünschte die recht zahlreich erschienene Versammlung vor Eröffnung der Sitzung zum neuen Jahre und brachte ein Hoch auf den Kaiser aus. Die Versammlung beschloß, am 20. Januar cr. ein gefälliges Zusammenkommen, verbunden mit musikalischen Auführungen bei Tauber abzuhalten. Die angeregte Gründung einer Sterbekasse wurde abgelehnt, dagegen waren empfohlen der Beitritt zur Nothenburger Sterbekasse. Die Versammlung erklärte sich damit einverstanden, unter günstigen Bedingungen einen Vereinsarzt zu engagiren; diejenigen Mitglieder, welche sich bei dem Engagement betheiligen, sollen dies innerhalb 14 Tagen dem Vorstande mittheilen. Zur Deckung der Kosten für Vorträge und geistliche Vergnügungen wurde beschlossen vom 1. April cr. ab monatlich 50 Pf. zu erheben. Am 6. d. M. wird Regierungssekretär Pankel einen Vortrag im Verein halten, zu welchem auch die Angehörigen der Vereinsmitglieder erscheinen können.

v. Das Direktorium des Lehrerbefahren-Vereins den Rendanturen mit, daß der General-Versammlungsbefehl, den Wittwen 900 M. Versicherungssumme zu zahlen, sobald der Reservefonds die Höhe von 30,000 M. erreicht haben wird, mit dem 1. Januar d. J. zur Ausführung kommen kann. Der Beschluß hat die ministerielle Bestätigung erfahren und bleibt so lange in Kraft, als die Mitgliederzahl nicht unter 180 sinkt; gegenwärtig beträgt sie 2064. Der Reservefonds ist in 4- und 5prozentigen Werthpapieren sicher angelegt. Gleichzeitig macht das Direktorium die Mitglieder der Rendanturen darauf aufmerksam, daß die aus der Korrespondenz des Rendanten erscheinenden Portofolien statutenmäßig von allen Mitgliedern der Rendantur zu tragen sind. Ferner werden beabsichtigt die Namen der Rendanten von sämtlichen Rendanturen die Namenverzeichnis mit Angabe der Hauptbuchnummer und des Wohnorts verlangt.

L. Sarafate-Konzert. Wir machen das Publikum ganz besonders auf das am 11. Januar stattfindende Konzert des Violinvirtuosen Pablo de Sarafate aufmerksam. Seine Leistungen sind ja von seinem früheren Konzert zur Genüge bekannt, so daß wohl die bloße Ankündigung desselben hinreichen wird, um eine rege Betheiligung hervorzurufen. Der mitwirkende Klavierspieler Herr Josef Weiss wird als ein Pianist von hervorragender Bedeutung bezeichnet, welcher in seinen Berliner Konzerten sehr viel Beifall gefunden hat.

d. Die neue polnische Zeitung mit deutsch-konservativer Tendenz, welche in nächster Zeit zu erscheinen beginnen soll, bereitet der hiesigen polnischen Presse im Allgemeinen sehr wenig Kummer, da diese sich davon überzeugt hat, daß die polnischen Wahlaufrufe des Herrn Rajetan Lubomilski, welche dieselbe Tendenz verfolgten, zur Zeit der letzten Wahlen gar keinen Erfolg unter den polnischen Bauern, für welche sie berechnet waren, erzielt haben. Die beiden tonangebenden polnischen Blätter, „Diennit Poin.“ und „Kurzer Poin.“ bringen unter Lokale, also nicht einmal unter einer besonderen Ueberschrift, wie sonst gewöhnlich bei wichtigeren Mittheilungen, kurze Notizen über das neue Organ. Der „Diennit Poin.“ beschränkt sich auf eine kleine, 6 Zeilen lange Notiz, und meint, nachdem er den Namen des muthmaßlichen Redakteurs genannt hat: „Welches die Tendenz dieser Zeitung sein werde, sei leicht zu errathen. Wie der „berühmte“ Aufruf von Rajetan Lubomilski („Volkschänder“ im Gegenatz zu Lubomilski, „Volksfreund“) vollständig Fiasco gemacht habe, so werde es auch dieser neuen Zeitung ergehen; schade um Zeit und Mühe!“ Der „Kurzer Poin.“ bringt zwei kleine Notizen über das neue Organ und meint: „Schon der niedrige Preis zeige, daß dies eine für die Propaganda bestimmte Zeitschrift sei. Als erstes Fiasco sei es zu bezeichnen, daß, wie die Expedition anzeigt, die neue Zeitung nicht, wie anfänglich gemeldet war, zum neuen Jahre, sondern erst in einigen Tagen erscheinen werde; es sei dies erste Fiasco als ein gutes Zeichen und als eine günstige Vorbedeutung für den raschen Fall der Zeitung zu bezeichnen. Derselben sei der Rath zu geben, überhaupt nicht zu erscheinen; es werde dies das Beste sein, was sie thun könne. Die Aufnahme, welche ihr von der polnischen Presse zu Theil geworden, möge ihr ein Fingerzeig sein, was sie von den polnischen Bauern zu hoffen habe; um diese möchten sich die Unternehmer nicht kümmern, da die Bauern auch ohne die Lubomilski's sich Rath wüßten.“ Mehr Beachtung, als die beiden tonangebenden polnischen Blätter, widmen der „Drendonit“ und der „Gonic“ Welf.“ dem neuen Blatte. Es ist dies natürlich, da beide in denselben Kreisen verbreitet sind, für welche auch das neue Blatt berechnet sein soll, und daher es für nöthig erachten, von vornherein ihre Leser vor demselben zu warnen; der „Gonic Welf.“ fordert seine Leser mit Rücksicht darauf, daß ein Programm des neuen Blattes noch gar nicht veröffentlicht worden sei, auf: mit ihrem Urtheile über dasselbe zurückzuhalten, bis sie wissen, ob dieses der polnischen Nationalität und dem Glauben nützlich oder schädlich sei.“ In einem zweiten kleinen Artikel bringt der „Gonic“ alsdann in seiner bekannten Manier über den muthmaßlichen Redakteur einige gehässige Mittheilungen, um das neue Organ dadurch von vornherein zu diskreditiren. Das einzige polnische Blatt, welches dem neuen Unternehmen längere Besprechungen widmet, ist der „Drendonit“, welcher meint: „Die Sache sei nicht leicht zu nehmen; es liege in dieser neuen Zeitung eine Gefahr für das polnische Volk, und es seien daher die Leser vor derselben zu warnen.“ Es ist hierbei allerdings in Betracht zu ziehen, daß der „Drendonit“ unter den polnischen Zeitungen eine gewissermaßen isolirte Stellung einnimmt.

d. Ueber die Abnahme des Polonismus im Südosten unserer Provinz wird in einer Korrespondenz des „Diennit Poin.“ aus Schilberg bittere Klage geführt. Kaum irgendwo gebe es in polnischen Dingen eine derartige Gleichgültigkeit, als dort, und kaum werden in einer polnischen Stadt so wenig polnische Zeitungen gelesen als in Schilberg. In Folge dieser Gleichgültigkeit prosperiren auch die deutschen Vereine; Schützengilde und Kriegervereine kommen, zum Theil in Folge der Betheiligung von polnischen Mitgliedern, empor, während der polnische Handwerkerverein sich nicht weiter entwickelt. Manche der wohlhabenden polnischen Mitbürger seien bereits so gleichgültig geworden, daß sie keine polnische Zeitungen mehr halten, und einer von ihnen sogar seine einzige Tochter in ein deutsch-evangelisches Haus zur Erziehung gegeben habe. Als einziges Mittel gegen diese nationale Gleichgültigkeit wird in der Korrespondenz rühmlich aber andauernde Arbeit in nationaler Richtung empfohlen; dazu müsse ein Jeder zu dem Bemühen gelangen, welche Pflichten er als Pole habe.

r. Die hiesigen katholischen Schwestern von der h. Elisabeth, genannt „graue Schwestern“ für ambulante Krankenpflege haben im Jahre 1882 folgende Thätigkeit entfaltet: Es wurden von ihnen im Ganzen 248 Kranke versorgt; davon sind gewesen 150, gestorben 54, erleichtert 26, ins Krankenhaus gebracht 6, in Pflege verblieben 12; unter den Versorgten waren: 196 Katholiken, 40 Protestanten, 12 Juden; Tagespflegen waren 2386, Nachtwachen 1398. 80 Gesuche um Pflegen mußten wegen Mangel an Pflegerinnen unberücksichtigt bleiben, da es erst vor wenigen Wochen möglich wurde, für die hiesige Filiale noch zwei Schwestern zu gewinnen. An Arme und Kranke wurden im Hause 2700 Portionen Essen vertheilt; außerdem wurden noch Bedürftige mit barem Gelde und Lebensmitteln, am Weihnachtsfeste aber 4 arme Familien mit verschiedenen neuen Kleidungsstücken versehen. Behufs weiterer segensreicher Wirksamkeit hat der Herr Oberpräsident v. Günther der Genossenschaft eine Hauskollekte bewilligt, und der Provinzial-Landtag eine jährliche Unterstützung gewährt.

d. Behufs Speisung und Bekleidung der armen Schulkinder schlägt der „Diennit Poin.“ vor, für die Zukunft zwar ein einziges Unterstützungs-Komitee für die ganze Stadt zu bilden; da jedoch bereits ein Komitee bestehe, welches die Unterstützung ausschließlich der armen Kinder der Wallfisch-Schule zur Aufgabe gestellt habe, so stelle sich augenblicklich die Nothwendigkeit heraus, wenigstens bis zum 1. Mai ein zweites Komitee zu errichten, dessen Thätigkeit die Schulkinder auf dem linken Ufer der Warthe umfasse. Nach dieser Zeit müsse nur ein einziges Komitee bestehen; man möge so rasch wie möglich zu Werke gehen. — Man kann sich mit diesen Vorschlägen des „Diennit Poin.“ im Wesentlichen ja einverstanden erklären, vorausgesetzt, daß von polnischer Seite nicht ausschließlich für polnische Kinder gesammelt wird; denn von deutscher Seite sind die Unterstützungen bisher ohne Rücksicht auf Nationalität und Konfession der Kinder beigegeben worden. Würde von polnischer Seite bei der Befestigung und Bekleidung der Kinder exklusiv verfahren werden, so könnte dies doch vielleicht dahin führen, daß von deutscher Seite gleichfalls von dem Prinzip der Wohlthätigkeit ohne Rücksicht auf Nationalität und Konfession abgegangen würde, was im Interesse der armen polnisch-katholischen Kinder gewiß sehr zu bedauern wäre.

v. Besitzveränderungen. In dem verfloffenen 4. Vierteljahr 1882 haben 13 Güter in unserer Provinz mit zusammen 11,088 Hektar Areal ihre Besitzer gewechselt — gegen 20 im 3., 32 im 2. und

11 Güter im 1. Viertelsjahr v. J.; der Verkauf geschah in 12 Fällen freiwillig, in einem Falle war derselbe ein gerichtlich gezwungener. Verkauft worden sind: 1) Rittergut Sędziewojewo, im Kreise Wreschen, mit 512 Hekt. Areal, von Herrn A. von Grudzielski an Herrn S. von Grudzielski; 2) Gut Niemie, im Kreise Bromberg, mit 115 Hekt. Areal, von Herrn König an Herrn Götting; 3) Rittergut Ciesle, im Kreise Wreschen, mit 353 Hekt. Areal, von Herrn Ehrenfried an Herrn Rentier Herman Schulz zu Vosen; 4) Rittergut Zaborowo, im Kreise Schrimm, mit 567 Hekt. Areal, von Herrn D. Rymarkiewicz an Herrn Posthalter Sentsleben zu Schrimm; 5) Gut Słomowo, im Kreise Dobornik, mit 279 Hekt. Areal, von Herrn Witte an Herrn Rittergutsbesitzer von Turno; 6) Gut Emilianhof, im Kreise Garnitau, mit ca. 76 Hekt. Areal, von Herrn Schlegel an Herrn Grub; 7) Rittergut Bismarckshöhe, in demselben Kreise, mit 927 Hekt. Areal, von Herrn Dieber an Herrn Gutsbesitzer Matthes-Schneidemühlener Hammer; 8) Herrschaft Widzim, im Kreise Pomst, mit 4475 Hekt. Areal (wovon 2393 Hekt. Wald), von den Erben des Prinzen Friedrich der Niederlande an Herrn Kommerzienrat Samuel Jaffe zu Vosen; 9) Rittergut Modliszewo, im Kreise Gnesen, mit 855 Hekt. Areal, von Herrn Lieutenant Kiekmann an Herrn Rittergutsbesitzer Guichard Gulcemo; 10) Rittergut Ruciszewo, im Kreise Pleschen, mit 533 Hekt. Areal, von Herrn von Schlapowski an Herrn Matthes; 11) Rittergut Charcice, im Kreise Birnbaum, mit 696 Hekt. Areal, von den Erben des Herrn Landeshauptmanns von Sanbar an Herrn Hauptmann von Pantelmann aus Braunschweig; 12) Rittergut Kierkowo, im Kreise Schubin, mit 615 Hekt. Areal, von Herrn Vusse an Herrn Thies aus Berlin; ferner ist 13) Rittergut Rosowo, im Kreise Samter, mit 1085 Hekt. Areal, von Herrn Lieutenant F. Sperling — Bruder des Vorbesizers — in der Subhastation erstanden worden. — Aus polnischen in deutsche Hände übergegangen sind seit dem 1. Oktober cr. zwei Besitzungen (Zaborowo und Ruciszewo) mit zusammen 1100 Hekt., aus deutschen Händen in polnische dagegen ein Gut (Słomowo) mit 279 Hekt. Areal, so daß der polnische Großgrundbesitz darnach im verfloffenen 4. Quartal 1882 wiederum um 821 Hekt. oder ca. 3284 Morgen abgenommen hat. Im Laufe des vergangenen Jahres hat sich der polnische Großgrundbesitz in der Provinz überhaupt um etwa 22,216 Morgen verringert — gegenüber einem Verlust von 77,578 Morgen im Jahre 1881 — und zwar sind aus deutschen in polnische Hände übergegangen 9 Güter mit zusammen 13,600 Morgen Areal, dagegen aus polnischen Händen in deutsche 20 Besitzungen mit zusammen 35,816 Morgen Areal. — Im Uebrigen ist der Besitzwechsel in unserer Provinz in dem verfloffenen Jahre wiederum ein sehr lebhafter gewesen, erfreulicherweise hat jedoch die Zahl der gerichtlichen Zwangsverläufe sehr wesentlich abgenommen, nur bei den ganz kleinen, nicht spannfähigen Besitzungen war dieselbe noch immer ziemlich bedeutend. — Von den 76 größeren Besitzungen, welche im Laufe des Jahres 1882 ihre Besitzer gewechselt haben, sind nur 8 Güter im Subhastationsverfahren verkauft worden, in allen anderen Fällen geschah der Verkauf freiwillig. Besonders lebhaft war der Besitzwechsel im Allgemeinen in den Gegenden, wo der Zuckerrübenbau Eingang gefunden hat, so betrug die Zahl der Gutsverkäufe beispielsweise in den Kreisen Gnesen und Wreschen je 7, Inowrazlaw 6, Schroda 5, Fraustadt 3 u. s. w., auch ging damit eine Steigerung der Bodenpreise Hand in Hand und sind nicht selten Preise von 450—500 Mark pro Morgen bezahlt worden. Ein großer Theil der Käufer waren Landwirthe aus Schlesien, Sachsen und anderen westlichen Provinzen.

d. Bei der Reichstags- = Erstwahl (Stichwahl), welche gestern in Flatow (Westpreußen) stattfand, war die Beteiligung von polnisch-katholischer Seite eine sehr stark. Von den beiden zur Stichwahl gestellten Kandidaten erhielt Dr. v. Komierowski, der polnische Kandidat, in Flatow 146 (bei der ersten Wahl am 15. v. M. nur 91) Stimmen, Regierungsrath Tepper = Laszki, der Kandidat der Deutschen, nur 125 Stimmen, während bei der Wahl am 15. v. M. auf die beiden deutschen Kandidaten zusammen 155 Stimmen gefallen waren. Es scheint danach, als wenn bei der Stichwahl die deutschen Katholiken ihre Stimmen dem polnischen Kandidaten gegeben haben.

— **Regulierung des Unterlaufs der Partsch.** [Regulierung der Partsch.] Die Regulierung des Unterlaufs der Partsch von Herrnstadt bis zu ihrer Mündung in die Oder ist jetzt vom Minister der landwirthschaftlichen Angelegenheiten bestimmt in Aussicht genommen. Infolge dessen wird es möglich sein, demnächst mit der Vertiefung des Flußbettes der Partsch, die bei Herrnstadt in die Partsch mündet, vorzugehen. Dadurch wird endlich dem südlichen Theile unseres Kreises die dringend notwendige Vorfluth gewährt. Da nun dieser Theil fast durchweg leichten Boden hat, so wird den Besitzern derselben die Möglichkeit geboten, allgemein mit einer rationellen Kultur der Wiesen vorzugehen, was für die Hebung des Viehstandes sowohl als für die Steigerung des Werthes der Grundstücke von nicht zu unterschätzendem Vortheile ist.

□ **Franstadt, 3. Januar.** [Amtsrichter Klapper] hat mit Beginn d. J. unsere Stadt verlassen, um einem Rufe als General-Landschafts-Syndikus nach Breslau zu folgen.

□ **Duf, 3. Januar.** [Geselliges.] Der hiesige Geselligkeitsverein feierte am 1. d. Mts. sein einjähriges Bestehen durch Veranstaltung einer musikalisch-theatralischen Vorstellung, verbunden mit Tanzkränzchen. Die Arrangements waren sehr gut getroffen und haben den vollsten Beifall aller Theilnehmenden gefunden.

□ **Samter, 3. Januar.** [Aus der evangelischen Gemeinde. Militärisches.] Im Jahre 1882 sind in der hiesigen evangelischen Gemeinde 133 Kinder geboren, 64 Knaben und 69 Mädchen. Konfirmirt wurden 77, davon 41 Knaben und 36 Mädchen. Vom Jüil sind aufgezogen 35 Paar und vom Militär 4 Paar. Getraut wurden vom Jüil 26 und vom Militär 2 Paar. Das heilige Abendmahl haben erhalten 2208 Personen, 1099 männliche und 1109 weibliche, Krankenkommunion empfingen 26 Personen, 10 männliche und 16 weibliche. Gestorben sind 99 Personen, 57 männliche und 42 weibliche. Die Hauskollekte für Nothfälle der evangelischen Kirche hat gebracht 133,30 M. und die Kollekte für die Diakonissenanstalt 90,10 M. — Endlich ist's entschieden, daß das seit dem Jahre 1866 hier garnisierende Füsilier-Bataillon des 1. Westpreussischen Grenadier-Regiments Nr. 6 im Monat August d. J. nach Posen verlegt wird. Unserer städtischen Behörde ist bereits der Miethscontract, welchen die Militärbehörde mit der Stadt wegen Benutzung des südlichen Lazareths geschlossen hatte, gekündigt worden. Ebenso hat das Bataillon den Befehl erhalten, alle seine Miethsverhältnisse zu kündigen. Daß die Stadt durch diese Verlegung einen bedeutenden Nachtheil erleidet, ist selbstverständlich.

□ **Neumühlisch, 3. Januar.** [Stadtverordnetenwahl.] Weihnachtsbescherung. Leichenbegängniß. Bei der vor Kurzem in hiesiger Stadt abgehaltenen Stimmwahl wurde der Kaufmann B. Männel zum Stadtverordneten auf die Dauer von sechs Jahren gewählt. — Am 23. v. Mts. veranstaltete Herr Bürgermeister Witte hieselbst im Magistrats-Bureau eine Weihnachtsbescherung, bei welcher eine größere Anzahl armer Kinder hiesiger Stadt mit Bekleidungsgegenständen, Schulbüchern und sonstigen nützlichen Sachen beschenkt wurde. — Gestern wurde der am 30. v. Mts. im noch nicht vollendeten 44. Lebensjahre hieselbst verstorbenen praktische Arzt Herr Dr. Diezgen auf dem evangelischen Kirchhofe zur letzten Ruhe beigesetzt. In dem Verstorbenen, der länger als fünfzehn Jahre hieselbst am Orte thätig war, hat die hiesige Stadt und Umgegend einen sehr thätigen und gewissenhaften Arzt verloren. Von der Liebe und Achtung, die dem Dahingeschiedenen gezollt wurde, legte das äußerst zahlreiche Trauergeloge, in welchem außer dem Kreislandrath und dem Bezirks-Kommandeur des hiesigen Landwehr-Bataillons, das Richterpersonal des hiesigen Amtsgerichts, zahlreiche Großgrundbesitzer aus der Umgegend, sowie viele Kollegen und Freunde des Verstorbenen aus den Nachbarstädten sich befanden, ehrenvolles Zeugniß ab. Die sämmtlichen Vereine hiesiger Stadt, der Landwehrverein, die Schützengilde und die

beiden Männergesangsvereine, deren Mitglied der Verstorbene war, gaben dem Entschlafenen mit umflorten Fahnen das letzte Ehrengelächte. Da der Dahingeschiedene, der auch Inhaber des Eisernen Kreuzes war, an den Feldjahren 1866 und 1870/71 mit Auszeichnung Theil genommen hat, so wurden von der Schützenkompanie des Landwehrvereins die üblichen drei Ehrenjahre über seinem Grabe abgehalten.

— **r. Wollstein, 3. Januar.** [Vorschußverein. Durchschnits-Getreide- und Futterpreise.] Nach dem in der gestrigen Generalversammlung des hiesigen Vorschußvereins — eingetragene Genossenschaft — durch den Vereinspräsidenten Herrn Kaufmann Reizelt erstatteten Rechenschaftsbericht für das Jahr 1882 betrug die Einnahme 72,277,85 M., und zwar: an Referend 54 M., Guthaben der Mitglieder 3734,89 M., Rückzahlungen auf Forderungen 58,933 M., Zinsen 4743,83 M., ausgenommene Darlehne 1140 M., Geschäftskosten 230,62 M., verausgabte Gerichtskosten 0,50 M. und Rassenbestand vom 30. Septbr. c. 3441,01 M. Die Ausgabe belief sich auf 69,195,79 M., und zwar: an Rückzahlungen auf Guthaben 1427,89 M., gewährten Vorschuß 45,807 M., Rückzahlungen auf Schulden 17,070 M., gezahlten Zinsen 4748,35 M., Geschäftskosten 76,35 M. und verausgabte Gerichtskosten 63,20 M. Es verbleibt demnach Bestand 3082,06 M. Die Zinsen vertheilt sich 1) in Zinsen der ausgenommenen Darlehne 9575,89 M., 2) Geschäftskosten 152,85 M., 3) verausgabten Gerichtskosten 115,15 M., 4) Dividende 6065 M., 5) Remuneration des Vorstandes 2871 M. und Zinsenübertrag für 1883 2549,44 M. Es besteht zur Zeit der Referend 54 M., das Guthaben der Mitglieder 79,593,62 M., die Zinsen 15,544,61 M. und die ausgenommenen Darlehne 184,922 M. Im Ganzen 288,821,63 M. Dem stehen entgegen: die Forderungen des Vereins mit 283,991 M., verausgabten Gerichtskosten 115,15 M. und Geschäftskosten 1633,47 M. Im Ganzen 285,739,62 M. Es verbleibt demnach der oben angeführte Bestand mit 3082,06 M. Es wurde nach Verlesung des Rechenschaftsberichts der Vereinsvorstand autorisirt, erforderlichen Falls Darlehne bis zur Höhe von 220,000 M. aufzunehmen und für den Aufsichtsrath pro 1882 100 M. als Remuneration votirt. Bei der Wahl von drei Mitgliedern des Aufsichtsraths wurde Lehrer Pöfner wieder und die Schankwirthin Ritsche und Otto Heidler neugewählt. — Die Durchschnits-Getreide- und Futterpreise stellen sich für den ablaufenden Monat Dezember wie folgt heraus: 100 Kilogramm Weizen 16,50 M., Roggen 12,50 M., Gerste ebenfalls 12,50 M., Hafer 12 M., Erbsen 16 M., Kartoffeln 4 M., Nichtstroh 4,75 M., Heu 6 M., das Pfund Butter 1 M. und das Schod Eier 3 M.

z. **Tirschtiegel, 3. Jan.** [Einführung. Aus der evangelischen Gemeinde. Wohlthätigkeit.] Gestern Nachmittag wurde der hiesige Distriktskommissarius Heinrich von dem Landrath Herrn Dr. Zwieler aus Weferis als Bürgermeister der Stadt Tirschtiegel in Gegenwart der Stadtverordneten verpflichtet und eingeführt. Das Standesamt für den Stadt- und Landbezirk ist dem Kammerer E. Borngräber hieselbst übertragen worden. — Am letzten Sonntag des vergangenen Jahres wurden die neu- bzw. wiedergewählten Vertreter der hiesigen evangelischen Kirchengemeinde durch den Superintendenten Schöber hieselbst feierlich in ihr Amt eingeführt. Im vergangenen Jahre sind in der hiesigen evangelischen Kirche 156 Kinder getauft worden. Begräbnisse waren 94. Getraut wurden 32 Paar. Die Zahl der Kommunikanten betrug 4225 und die der Konfirmanden 83. — Zum Weihnachtsfest sind auch hier die Armen von eblen Wohlthätern mit milden Gaben erfreut worden. So vertheilte beispielsweise Herr Rittergutsbesitzer Fricke hieselbst in der Weihnachtswoche 15 Kammern Brennholz namentlich unter alte und schwache Arme, während wieder andere auch mit Lebensmitteln bedacht wurden.

□ **Schrimm, 3. Januar.** [Silberne Hochzeit. Todtschlag. Konzert.] Vor einigen Tagen war der 25-jährige Hochzeitstag unseres Bürgermeisters Herrn Wiebmer, der in seiner höchsten Beiseidenheit diesen Tag verheirathet wollte, um allen öffentlichen Ovationen zu entgehen. Durch einen Zufall jedoch erlangte die Bürgerschaft, leider erst an demselben Tage, davon Kenntniß, und die allgemeine Liebe und Hochachtung, die der Jubilar bei allen Ständen der hiesigen Bürgerschaft genießt, zeigte sich bei dieser Gelegenheit im ganzen Umfange. Möge es dem Jubilar vergönnt sein, noch recht lange segensreich wie bisher zu wirken. — Zu wiederholten Malen wurden die Kartoffelgruben des hiesigen Postalters Herrn Sentsleben von Dieben heim gesucht. Dem Feldhüter gelang es endlich, in der Nacht von Sonntag zu Montag mehrere Kerle beim Diebstahl zu treffen, die aber, als er ihnen mit der Flinte drohte, die Flucht ergriffen. Von hier nahmen sie den Weg nach dem nahegelegenen Dorfe Kratzanowo, wo sie aus einer dem Häusler Potaszel gehörenden Kartoffelgrube einige Säcke Kartoffeln stahlen. Dieser, durch das Geräusch aufmerksam gemacht, eilte unbefleckt aus dem Bette den Dieben nach. Seine Frau, welche ihm nacheilte, um ihm einen Belz zuzumerfen, ging in die Wohnung zurück, um sich notdürftig zu bekleiden, während sich zwischen Potaszel und den Dieben ein Kampf entpinn, wobei ersterer durch mehrere Spatenstöße niedergestreckt wurde, worauf die Diebe ihn in eine Furche verscharrten. Als nun die Frau, welche inzwischen einen BIRTH aus Gan zur Hilfe beirief, mit diesem auf dem Felde ankam, hörte sie ein leises Stöhnen; sie folgten der Spur und machten die schreckliche Entdeckung, daß Potaszel lebendig noch in der Erde verscharrt war. Nach ganz kurzer Zeit jedoch gab er seinen Geist auf. Der Erschlagene hinterläßt eine Wittwe mit 5 unexogenen Kindern. Die Sektion der Leiche findet heute statt. Als der That dringend verdächtig, sind bereits 5 hiesige Arbeiter verhaftet und in das hiesige Gefängniß eingeliefert worden. — Am vorletzten Sonnabend fand im hiesigen Bildungsberein ein Konzert, ausgeführt von der Kapelle des Infanterie-Regiments Nr. 99 aus Posen statt. Den Mitgliedern des Bildungsvereins wurde durch dieses Konzert ein in unserer Stadt seltener Kunstgenuss geboten. Ein gemüthliches Tänzchen vereinte die Mitglieder bis 2 Uhr Morgens.

g. **Zutroschin, 3. Januar.** [Amtsgericht. Verurtheilung. Feuer.] Mit der jetzt erfolgten Ankunft des Herrn Amtsrathes Schaumburg ist das Personal unseres neuen Amtsgerichts vollständig und letzteres nunmehr eröffnet worden. Unter der Bevölkerung herrscht selbstverständlich darüber große Freude. — Wie nöthig es ist bei den Volks- und Viehählungen richtige Angaben zu machen, dürfte die Thatsache beweisen, daß im vorigen Jahre zwei Personen mit je 30 M. bestraft wurden, weil sie bei der Aufnahme der Berufsstatistik wissentlich falsche Angaben gemacht hatten. — Am Neujahrstage Nachmittags gegen 5 Uhr brannte das Wohnhaus und das Stallgebäude des früheren Treibeckers, welcher im vorigen Jahre von den künftlich Garkocher'schen Erben angekauft und in ein Forstetablisement umgewandelt wurde, nieder.

△ **Reisen, 3. Januar.** [Statistisches.] Für das Jahr 1882 weisen die evangelischen Kirchenbücher nach: 96 Geburten, 31 Trauungen, 61 Todesfälle und 1975 Kommunikanten; die Standesamtsregister für Stadt und Land Reisen: 191 Geburten, 47 Trauungen und 119 Sterbefälle. Bei dem hiesigen Schiedsamte für Stadt Reisen kamen 16 Klagen zur Verhandlung, und zwar 4 mit und 12 ohne Vergleich.

□ **Ostrowo, 3. Januar.** [Dampfbroschen-Vinie nach Kalisch.] Ein Unternehmer aus Strassburg im Elsaß geht mit dem Plane um, von hier nach Kalisch eine Dampfbroschen-Vinie zur Beförderung von Personen und Gütern zu errichten. In Petersburg soll er die Konzession von Kalisch bis zur Grenze bereits erworben haben, und hat er auch die Bewerzung bereits eingeleitet. Er beansprucht für seine Anlage die Benutzung der Chaussee und wird dieserhalb mit den Wegebau-Behörden in Unterhandlung treten. Der Mann, welcher an der Spitze des Unternehmens steht, ist ein in Strassburg im Elsaß ansässiger Pole und handelt jedenfalls im Auftrage einer Gesellschaft.

□ **Schneidemühl, 3. Januar.** [Sammlung für die Ueberbrückung des Rheins. Marktpreise.] Für die Ueberbrückung des Rheins sind bis jetzt von dem hiesigen vaterländischen Frauen-

verein 72,52 M. gesammelt worden. — Die letzten Marktpreise waren hier für 100 Kilogramm: Roggen 11,25—12 M., Hafer 10,40—11,20 M., Gerste 11,25—12,50 M., Erbsen 15—16 M., Kartoffeln 4,50 bis 5 M., Heu 4,50—5 M., Stroh 2,50—3 M., 1 Kilogramm Butter 1—1,10 M., Hammelfleisch 0,40—0,45 M., Rindfleisch 0,40—0,50 M., Schweinefleisch 0,55—0,60 M. und 1 Schod Eier 4 M.

Aus dem Gerichtssaal.

□ **Schneidemühl, 3. Januar.** [Verurtheilung wegen Gefährdung eines Eisenbahntransportes.] Heute wurde vor der Strafkammer des hiesigen Landgerichts die Anklagesache wider den Weichensteller und Bahnmärter Johann Janisch aus Schneidemühl wegen Gefährdung eines Eisenbahntransportes verhandelt. Am 18. Oktober v. J. ereignete sich auf dem Bahnhofe Schneidemühl ein Unglück, daß der Tageskurierzug, welcher von Landsberg aus über Schneidemühl nach Dirschau fuhr, bei dem Bahnübergange von Schneidemühl nach Garnitau das Rollfuhrwerk des Spediteurs Kohn erfasste, daselbst zertrümmerte und die beiden auf dem Gefährt befindlichen Fuhrleute tödtete. Dieses Unglück herbeigeführt zu haben, wird der Angeklagte beschuldigt. Derselbe hatte nämlich, obwohl er wußte, daß der Zug um 3 Uhr 43 Minuten die Strecke passieren mußte, es unterlassen, die Uebersicht zu schließen. Auch hatte er vergessen, das Signalläutewerk aufzuziehen, so daß er das Abläuten des Zuges von der Vorstation nicht vernehmen konnte. In der Meinung, der Zug habe die Vorstation noch nicht passiert, verließ er sogar seine Wächterbude, um den in der Nähe beschäftigten Arbeitern, welche mit dem Aufnehmen der Eisenbahnwaggons nicht zurechtfinden, behülflich zu sein. In demselben Augenblicke näherte der Zug und das Unglück war geschehen. Der Angeklagte ist geständig. Seitens seines Verteidigers, des Rechtsanwalts Dr. Köppl aus Driesen, wird er, da er sich während seiner 33-jährigen Dienstzeit stets als ein gewissenhafter Beamter gezeigt habe und in dieser Zeit nur ein einziges Mal im Wege des Disziplinarverfahrens mit einer nur geringen Geldstrafe belegt worden sei, der Milde des Gerichtshofes empfohlen. Der Gerichtshof verurtheilte ihn darauf zu 3 Monaten Gefängniß (§ 316 des Strafgesetzbuches). Die Staatsanwaltschaft hatte 9 Monate Gefängniß beantragt. Dem von seinem Verteidiger gestellten Antrage, ihn auf freien Fuß zu setzen, wurde stattgegeben.

Staats- und Volkswirtschaft.

O. E. [Deutsch-russischer Verbandtarif.] Die geschäftsführende Verwaltung des deutsch-russischen Eisenbahnverbandes, die königliche Eisenbahndirektion in Bromberg, hat eine neue Ausgabe des für den ebengenannten Verband gültigen Tarifs veranstaltet. Diese zweite Ausgabe des deutsch-russischen Verbandtarifs ist am 1. Januar d. J. in Kraft getreten. Der zu bezeichnetem Termin aufgehobene ältere Tarif hatte mit der Zeit äußerlich einen Umfang erreicht, der seine Benutzung für das geschäftstreibende Publikum erschwerte: er bestand aus einem Haupttarif nebst 16 Nachträgen, 6 Anhängen mit Nachträgen und diversen besonders herausgegebenen Ausnahmestärken. Vom 1. Januar 1883 ab finden die Interessenten sämtliche den deutsch-russischen Bahnverkehr betreffenden Vorschriften in einem nach Möglichkeit — soweit es die komplizierte Materie zuläßt — überichtlich gehaltenen Fest; nur der Anhang V. des alten Tarifs ist bestehen geblieben (unter der Bezeichnung „Anhang I.“).

Auch materiell bringt die zweite Ausgabe des deutsch-russischen Verbandtarifs einige Aenderungen mit sich, insofern die Tarifsätze für verschiedene Relationen ermäßigt oder erhöht worden sind.

Ein paar kurze Bemerkungen über den Verbandtarif mögen hier Platz finden. Die einzelnen Positionen desselben sind Schnitttarife: der Gesamtfrachtsatz für eine Strecke wird somit durch Addition der beiden Theilsätze gewonnen. Der Schnittpunkt für die Relationen ist jedesmal eine der Grenzstationen Sosnowice, Alexandrowo, Wirballen; für die Posen betreffenden Relationen liegt er entweder in Alexandrowo oder Wirballen.

Die Entfernung Posen-Alexandrowo beträgt 163 Kilometer, die Entfernung Posen-Wirballen 508 Kilometer. In den deutsch-russischen Verbandtarif sind nun für diese Strecken diejenigen regulären Frachtbeträge, gekürzt um eine halbe Expeditionsgebühr, eingesetzt, welche in dem einschlägigen binnenländischen Tarif (es ist der Preussisch-Ober-schlesische) für die Relationen Posen-Alexandrowo, respektive Posen-Wirballen (Cyrtfuhnen) erhoben werden. Und zwar stellen sich diese Frachten, wie folgt:

Stückgut	Allgem. Wa-genabn.-Klasse		Spezialtarife			
	A 1	B	A 2	I.	II.	III.
Mark pro 100 Kilogr.						
Posen-Alexandrowo	1,89	1,19	1,04	0,88	0,79	0,63
Posen-Wirballen	5,69	3,50	3,11	2,60	2,35	1,84

Getreide zählt auf der Strecke Posen-Alexandrowo, beziehungsweise Posen-Wirballen 79, respektive 220 Mark pro Doppelwaggon. Vor dem 1. September 1881 hatte der Satz nur 74 resp. 189, also 5 resp. 31 M. pro Waggon weniger, betragen. Er wurde damals in einer für den posener Verkehr nicht günstigen Weise erhöht, als Station Posen für die Strecken nach Alexandrowo und Wirballen (Cyrtfuhnen) aus dem Lokaltarif der R. Dsbahn (deren Getreidetarif bekanntlich niedrig ist) auswich und in den Preussisch-Ober-schlesischen Verband überging.

Die Fracht für Holz in den Relationen Posen-Alexandrowo, bezw. Posen-Wirballen normirt der deutsch-russische Verbandtarif auf 52, bezw. 124 M. pro 10,000 Kg. Es sind dies genau die vollen Sätze, wie sie im Preussisch-Ober-schlesischen Verbandtarif für Holz gelten; den Wegfall der halben Expeditionsgebühr, der sonst dem Verbandtarif eigenthümlich ist, hat man bei der Berechnung der Fracht für Holz im deutsch-russischen Verkehr nicht in Anwendung gebracht.

Von Plätzen der Provinz Posen befinden sich neben der Stadt Posen noch die Stationen Bromberg und Inowrazlaw im deutsch-russischen Verbandtarif.

□ **Rübenzuckerfabriken.** Im Monat November v. J. waren im Zollgebiet 359 Rübenzuckerfabriken im Betriebe, davon in Preußen 281 (Prov. Sachsen einschließlich der schwarzburgischen Unterherrschaften: 134). Dieselben verfeuerten 1822,572,900 Kg. Rüben. Eingeführt wurden in den freien Verkehr 177,687 Kg. raffinirter Zucker

aller Art, 1492 Kg. Rohzucker von Nr. 19 des holländischen Standard und darüber und 442,878 Kg. Rohzucker unter Nr. 19. Der Gesamtsummeingang über die Zollgrenze betrug 181,157 Kg. raffinirter Zucker, 1002 Kg. Rohzucker von Nr. 19 und darüber und 503,612 Kg. Rohzucker unter Nr. 19. Die Ausfuhr betrug von Niederlagen und aus dem freien Verkehr 10,098,119 Kg. raffinirter Zucker und 72,537,499 Kg. Rohzucker. Mit dem Anspruch auf Rückvergütung der Steuer wurden abgefertigt 4,889,910 Kg. Kandiszucker und Zucker in weißen vollen harten Broden, 4,718,735 Kg. übriger harter Zucker und 70,695,037 Kg. Rohzucker von mindestens 88 Prozent Polarisation. In dem Zeitraum vom August bis November waren 359 Fabriken im Betriebe (gegen 342 im Vorjahre), welche 4350,525,700 Kg. Rüben (gegen 3663,066,700 Kg. im Vorjahre) versuerten.

Vermischtes.

* **Ein Waffengeführter Körner.** Ein sanfter Tod endete in den Nachmittagsstunden des Silvestertages in Fürstberg (Großherzogthum Mecklenburg-Strelitz) das Leben eines der letzten Waffengeführten Theodor Körners des Meisters emer. Propsthan. Derselbe hat den todeswunden Körner aus dem mörderischen Gefechte des Liton'schen Korps bei Gadebusch mit anderen Kriegsgefährten herausgetragen und bis zu dessen Begräbnis unter der Wölbende treu bei ihm ausgehalten. Propsthan, der das hohe Alter von über 90 Jahren erreicht hat, feierte vor noch nicht langer Zeit mit seiner betagten Lebensgefährtin im Kreise von Enkeln und Enkelkindern das seltene Fest der diamantenen Hochzeit.

* **Brand eines Güterschuppens der Ostbahn.** Aus Marienburg, 31. Dezember, wird gemeldet: In vergangener Nacht herrschte hier ein orkanartiger Sturm, der an den Dächern mehrerer Häuser Schaden angerichtet hat. Viel mehr unheilbringender war dieser Sturm jedoch bei einem bald nach 12 Uhr Nachts in dem dem Bahnhof schräg gegenüberliegenden Güterschuppen der Ostbahn ausgebrochenen Feuer. Dasselbe war in dem auf der Westseite befindlichen Bureau der Güter-Expedition ausgebrochen und wurde von dem aus dieser Richtung kommenden heftigen Winde in ganz kurzer

Zeit zu einem mächtigen Brande entfacht und derartig über das ganze Gebäude verbreitet, daß an eine Rettung des Gebäudes selbst, zumal dasselbe nur aus Fachwerk bestand, gar nicht zu denken war. Leider konnte auch von den im Lagerraum befindlichen Frachtgütern nichts gerettet werden; die Hitze war zu intensiv. Es konnte einzig und allein die Rettung des im Bureau befindlichen eisernen Geldspindes mit der Kasse bewerkstelligt werden. Es gelang glücklicher Weise auch, einen mit Petroleum beladenen Eisenbahnwagen, welcher in unmittelbarer Nähe der Brandstätte, unter der Bedachung des Schuppens stand, mit großer Mühe in Sicherheit zu bringen. Als schließlich nach und nach einige Spritzen anlangten, war wenig mehr als ein feurriger Schutthaufen vorhanden; das verheerende Element hat das ganze Gebäude in wenigen Stunden bis auf den Grund vertilgt. Der Brandschaden, der der Ostbahnverwaltung dem Publikum gegenüber erwächst, läßt sich noch nicht vollständig übersehen, wird aber wohl ziemlich bedeutend sein. Seitens des königl. Eisenbahn-Betriebs-Amts zu Danzig sind sofort die zur Verhütung einer Störung des Güterverkehrs erforderlichen Maßnahmen getroffen worden, auch wird mit dem Bau eines provisorischen Güterschuppens unverzüglich vorgegangen werden.

* **Limburger Käse und Sauerkraut.** Man schreibt aus New-York: Verirrte Jankees in Massachusetts haben einen „Verein zur Umgestaltung der Gewohnheiten der Fremden“ errichtet. Falls ein aus Boston hat jetzt ein Rundschreiben für Zivil-Dienstreform und gegen Limburger Käse und Sauerkraut erlassen. Mit dem politischen Gesalbader will ich Ihre Leser versehen, aber über die letzten beiden Dinge schreibt Galtins zu amüfand: „Die riesige Einwanderung, besonders die aus Deutschland, bringt außer streibamen und spärlichen Leuten manche verabscheuungswürdige Gewohnheiten. Diese wurzeln tief selbst in solchen Leuten, die schon lange im Lande sind. Die bösen Gewohnheiten, auf die wir die öffentliche Aufmerksamkeit zu richten uns erlauben, sind der Genuß von Limburger Käse und Sauerkraut. Was ist Limburger Käse und was ist Sauerkraut? Limburger Käse ist ein verfaulte thierischer Stoff und Sauerkraut ist ein verfaulte Pflanzensstoff. Der Geruch vom Limburger Käse ist aber der der Unreinlichkeit und wird von allen Menschen, deren Geschmack nicht demoralisirt ist, verabscheut. Ebenso widrig ist auch der Genuß

von Sauerkraut. Die Gesundheit der Bevölkerung verlangt rasche Maßregeln gegen diese gefährlichen Stoffe, durch welche zahlreiche Krankheiten erzeugt werden; deshalb sind wir für Gesetze, welche die Einfuhr von Limburger Käse und Sauerkraut und den Handel mit diesen verbieten. Unser Land hat gute und nahrhafte thierische und pflanzliche Stoffe, und darum sollte der Genuß von Limburger Käse und Sauerkraut ausgetrieben werden, die eines freien Volkes unwürdig sind. Alle Bürger, welche eine derartige Reform wünschen, werden ersucht, sich mit uns in Verbindung zu setzen.“ — Da die Bier-Prohibition durch deutsche Nachtheile gesichert ist, so versuchen es jetzt Hallins und seine Mitnaren mit Verfassungszusätzen zur Prohibition von Limburger Käse und Sauerkraut.

Verantwortlicher Redakteur: E. Fontane in Posen.
Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Die Annahmestellen für die Sparkasse sind in folgender Weise für den Verkehr geöffnet:

Annahmestelle Nr. I. Cigarrenfabrikant Krause, Alter Markt Nr. 56.
Vormittags von 9 bis 1 Uhr,
Nachmittags von 3 bis 8 Uhr.
Annahmestelle Nr. II. Stadtrath Kunz, Friedrichstr. Nr. 23.
An Wochentagen Vormittags von 9 bis 1 Uhr,
Nachmittags von 4 bis 7 Uhr.
Annahmestelle Nr. III. E. Köstel (Decker'sche Hofbuchdruckerei) Wilhelmstraße Nr. 17.
Im Sommer an den Wochentagen von 7 Uhr Morgens bis 7 Uhr Abends.
Im Winter an den Wochentagen von 8 Uhr Morgens bis 7 Uhr Abends.
An Sonntagen, mit Ausnahme der hohen Festtage, während des ganzen Jahres, Vormittags von 8 bis 10 Uhr.
Die Verwaltungs-Deputation der städtischen Sparkasse in Posen.

Posen, den 2. Januar 1883.
In Gemäßheit des Beschlusses des Bundesrathes vom 16. October v. J. findet

am 10. Januar 1883
im Deutschen Reiche eine allgemeine Viehzählung statt.

Das Zählgeschäft wird durch Polizei-Excutiv-Beamtene bewirkt werden und zwar erfolgt die Auszählung der Vieharten durch die betreffenden Zähler von Haus zu Haus am 8. und 9. Januar d. J. an die Besitzer oder Verwalter, während die Viehereinsammlung der ausgezählten Karten am 11. Januar d. J. Morgens beginnt.

Durch die bevorstehende Erhebung soll nicht der Viehstand der einzelnen Haushaltungen, sondern derjenige der einzelnen Häuser festgestellt werden. Zu diesem Zwecke ist für jedes Haus nebst den dazu gehörigen Nebengebäuden eine Zählkarte auszufüllen und in dieser Karte sind sämtliche am 10. Januar d. J. auf dem Gehöfte in Fütterung stehenden Viehstücke, gleichgültig wer der Eigentümer ist und welcher Haushaltung sie angehören, in einer Summe einzutragen.

Die Viehzählung steht in keinerlei Beziehung zu den Steuerverhältnissen; sie hat ein allgemeines wirtschaftliches Interesse. Bei dem hohen Werth der Zählung sowohl für den Staat, als auch für die Gemeinde bitten wir den Zählern mit vollem Vertrauen entgegen zu kommen und ihnen jede nöthige Auskunft zu ertheilen, ihnen auch durch Ausfüllung der abgegebenen Formulare die Geschäfte nach Möglichkeit zu erleichtern.

Der kgl. Polizei-Präsident.
J. B. Schoen.
Der Magistrat.
Herse.

Oberschlesische Eisenbahn.
Der durch Bekanntmachung vom 20. Juli v. J. eingeführte Ausnahmetarif für Langholz, nach welchem im Localverkehr der Oberschlesischen Eisenbahn sowie im Verkehr der vom preussischen Staate verwalteten Bahnen bei Verladung von Langholz auf einem Paar Schemel oder Ruppelwagen die Frachtkasse des Ausnahmetarifs für Holz des Specialtarifs II. mit der Maßgabe Anwendung finden, daß die Fracht für das wirkliche Gewicht der Ladung mindestens jedoch für 10,000 Kg zu entrichten ist, bleibt noch bis auf Weiteres und zwar zunächst bis zum 31. Dezember dieses Jahres in Kraft.

Breslau, den 2. Januar 1883.
Königliche Direction.

Nothwendiger Verkauf.

Die in der Stadt Tirschtiegel belegenen im Grundbuche von Neu-Tirschtiegel a. Blatt 182 Band 5 Seite 1, b. Blatt 214 Band 5 Seite 521, c. Blatt 356 Band 9 Seite 177 eingetragenen Grundstücke, welche mit einem Flächeninhalt von a. 27 a 10 qm, b. von 10 a, c. von 4 a 30 qm der Grundsteuer unterliegen und mit einem Grundsteuer-Neinertrage von a. 1,92 M., b. von 1,92 M., c. von 0,30 M. veranlagt sind, sollen theilungshal-

ber im Wege der nothwendigen Subhastation

Montag,
den 19. Febr. 1883,
Vormittags 10 Uhr,

im Gerichtsgebäude, Zimmer Nr. 1 versteigert werden.
Der Auszug aus der Steuerrolle, die beglaubigte Abschrift des Grundbuchblattes und alle sonstigen, das Grundstück betreffenden Nachrichten, sowie die von den Interessenten bereits gestellten oder noch zu stellenden besonderen Verkaufsbedingungen können in der Gerichtsschreiberei des unterzeichneten königlichen Amtsgerichts, Zimmer Nr. 17/18 während der gewöhnlichen Dienststunden eingesehen werden.

Diesem Personen, welche Eigenthumsrechte oder welche hypothekarisch nicht eingetragene Realrechte, zu deren Wirksamkeit gegen Dritte jedoch die Eintragung in das Grundbuch gesetzlich erforderlich ist, auf das oben bezeichnete Grundstück geltend machen wollen, werden hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche spätestens in dem obigen Versteigerungstermine anzumelden.

Der Beschluß über die Ertheilung des Zuschlags wird in dem auf

Montag,
den 19. Febr. 1883,
Vormittags um 11^{1/2} Uhr,

im Gerichtsgebäude, Zimmer Nr. 1 anberaumten Termine öffentlich verkündet werden.

Meeritz, den 28. Novbr. 1882.
Königl. Amtsgericht.

Nothwendiger Verkauf.

Das in dem Gemeindebezirk Pietromo belegene, im Grundbuche von Pietromo Band II Seite 129 Blatt 32 eingetragene, dem Gutsherrn Heinrich Weidner in Pietromo gehörende Grundstück, welches mit einem Flächeninhalt von 199 Gekt. 98 Aren 30 Quadrathab der Grundsteuer unterliegt und mit einem Grundsteuer-Neinertrage von 240^{1/2} M. und zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswerthe von 489 M. veranlagt ist, soll im Wege der nothwendigen Subhastation

den 1. März 1883,
Vormittags um 11 Uhr,

im Lokale des unterzeichneten Gerichts, Zimmer Nr. 16 versteigert werden.

Der Auszug aus der Steuerrolle, die beglaubigte Abschrift des Grundbuchblattes und alle sonstigen, das Grundstück betreffenden Nachrichten, sowie die von den Interessenten bereits gestellten oder noch zu stellenden besonderen Verkaufsbedingungen können in der Gerichtsschreiberei II des unterzeichneten königlichen Amtsgerichts, während der gewöhnlichen Dienststunden eingesehen werden.

Diesem Personen, welche Eigenthumsrechte oder welche hypothekarisch nicht eingetragene Realrechte, zu deren Wirksamkeit gegen Dritte jedoch die Eintragung in das Grundbuch gesetzlich erforderlich ist, auf das oben bezeichnete Grundstück geltend machen wollen, werden hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche spätestens in dem

obigen Versteigerungstermine anzumelden.

Der Beschluß über die Ertheilung des Zuschlags wird in dem auf

den 2. März 1883,
Vormittags um 11 Uhr,

im Geschäftslokale des unterzeichneten Gerichts anberaumten Termine öffentlich verkündet werden.

Samter, den 29. Nov. 1882.
Königliches Amtsgericht.

Nothwendiger Verkauf.

Das in Schleborno Gaudland belegene, im Grundbuche von Schleborno-Gaudland Band 14 Blatt Nr. 26 eingetragene, den Wirth Vincent und Karoline Maciejewski'schen Eheleuten gehörige Grundstück soll

am 10. Febr. 1883,
Vormittags 10 Uhr,

im Schulzenhause zu Schleborno in nothwendiger Subhastation versteigert und das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags

am 10. Febr. 1883,
Vormittags 11^{1/2} Uhr,

dieselbst verkündet werden.

Das Grundstück umfaßt eine der Grundsteuer unterliegende Gesamtfläche von 42 a 10 qm. Zur Grundsteuer ist dasselbe mit einem Neinertrage von 3,39 Mark und zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswerthe von 12 Mark veranlagt.

Der Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des Grundbuchblattes, alle sonstigen das Grundstück betreffenden Nachrichten, sowie etwaige Verkaufsbedingungen können in unserer Gerichtsschreiberei I. Vormittags von 8—10 Uhr eingesehen werden. Diejenigen Personen, welche Eigenthumsrechte, oder welche nicht ins Grundbuch eingetragene Realrechte, zu deren Wirksamkeit gegen Dritte jedoch die Eintragung in das Grundbuch gesetzlich erforderlich ist, auf das bezeichnete Grundstück geltend machen wollen, haben dies spätestens im Versteigerungstermine zu thun.

Breschen, den 12. Decbr. 1882.
Königl. Amtsgericht.

Nothwendiger Verkauf.

Das in Gempin belegene, im Grundbuche von Gempin Blatt Nr. 111 eingetragene, den Joseph und Francisca geb. Kazmierczak-Chalupniczak'schen Eheleuten gehörige Hausgrundstück, welches mit einem Flächeninhalt von 46 a der Grundsteuer unterliegt und mit einem Grundsteuer-Neinertrage von 4,68 M. und zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswerthe von 120 M. veranlagt ist, soll behufs Zwangsvollstreckung im Wege der nothwendigen Subhastation am

Donnerstag,
den 1. März 1883,
Vorm. um 10^{1/2} Uhr,

im neuen Gerichtsgebäude, Zimmer Nr. 6, öffentlich meistbietend versteigert werden.

Der Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des Grundbuchblattes von dem Grundstück u. alle sonstigen dasselbe betreffenden

Nachrichten können in der Gerichtsschreiberei IV des unterzeichneten königl. Amtsgerichts, Zimmer Nr. 9 während der gewöhnlichen Dienststunden eingesehen werden.

Diesem Personen, welche Eigenthum oder welche hypothekarisch nicht eingetragene Realrechte, zu deren Wirksamkeit gegen Dritte jedoch die Eintragung in das Grundbuch gesetzlich erforderlich ist, auf das oben bezeichnete Grundstück geltend machen wollen, werden hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche spätestens in dem obigen Versteigerungstermine bei Vermeidung des Ausschusses anzumelden.

Der Beschluß über die Ertheilung des Zuschlags wird in dem auf

Donnerstag,
den 1. März 1883,
Vormittags um 12 Uhr,

im neuen Gerichtsgebäude, Zimmer Nr. 6 anberaumten Termine öffentlich verkündet werden.

Kösten, den 14. Decbr. 1882.
Königl. Amtsgericht.

Ein Grundstück mit auch ohne Garten, dicht am Zentralbahnhofe, zu jedem Geschäft sich eignend, mit einer geringen Anzahlung ist für 5500 Thlr. sofort zu verkaufen. Zu erfragen bei A. Kittelmann, Kanonenplatz Nr. 11.

Im Restaur. Neue Welt findet der Ausverkauf aller Rest.-Gegenstände nur noch 8 Tage statt. Ges. ästleute der Branche können gute, wenig gek. Utens. billig kaufen. 1. B. 1 Reposit. mit Ladentisch (elegant), 1 neues Gispind, Sortirhähne, Eisen- und Kupfer-, Porzellan- und Glasgeschirr. Bettstellen und Leutenbetten. Messerputz, Fleischhack-, Wasch- und Kaffeemaschinen. Kronen-, Hänge- und Tischlampen, 1 gr. ov. Spiegel. Sopha und Stühle, Stroh- und Kartoffeln. Hierzu ladet ergebenst ein
C. Bretsch.

Cölner Dombau-Lotterie
Haupt-Gewinne 75,000 M., 30,000 M., 15,000 M. etc. etc.
Ziehung 11., 12. u. 13. Jan. 1883.

Hierzu empfehle ich Loose à 3 M. 50 franco und Gewinnliste nach Ziehung.

Selmar Goldschmidt,
Lotterie-Haupt-Comtoir,
Braunschweig.

Dombul Ulmer u. Köhler, vers.
einz. M. 3.20 fro. Liste, in Part. bill. D. Löwenwarter, Gen.-Ag., Köln.

Kölner Dombauloose.
a. M. 34, Ziehung 11./13. Januar, 11 M. r., a. 3 Mark, Ziehung 16./18. Januar. Hauptgewinn je 75,000 M. baar. Für Porto und Listen 30 Pfg. beifügen.
J. A. Zimmermann, Andernach a. R.

Olfactorium.
Dieses allgemein beliebte Linderungs-mittel bei beginnendem Schnupfen re-iffet in Gläsern mit Gebrauchsanweisung a 50 Pfg. zu haben in der

Rothen Apotheke, Markt 37.

H. Hager jun., Frankfurt a. O.

Bekanntmachung.

In der Oberförsterei Ludwigsberg stehen im Monat

Januar 1883 nachstehende Holzverkaufstermine an:

1. Montag den 15. d. Mts., Vormittags 9 Uhr, im Silberstein'schen Saale zu Moschin.

Zur Versteigerung kommen Bauhölzer:
a. aus dem Schutzbezirk Seeberg, Schlag im Jagden 87: Birken: 8 Stück Kuchholz, Kiefern: 30 Stück Bauholz und 50 Stück Zopfenden.
b. aus dem Schutzbezirk Unterberg, Schlag im Jagden 110: Eichen: 4 Stück Kuchholz, Kiefern: 460 Stück Bauholz, 60 Stück Zopfenden, 6 Rm. Böttcherholz II. Klasse.
c. aus dem Schutzbezirk Waldeck, Schlag im Jagden 68: Kiefern: 352 Stück Bauholz, 43 Stück Zopfenden, 42 Rm. Böttcherholz.

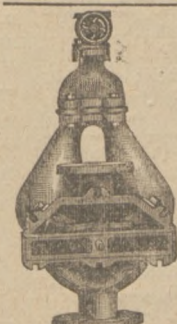
2. Montag den 22. d. Mts., Vormittags 9 Uhr ebenfalls selbst.

Zur Versteigerung kommen Brennholzer aus den drei genannten Schlägen, und zwar:

Schutzbezirk Seeberg: Kiefern 200 Rm. Kloben, 240 Rm. Stodholz, 100 Rm. Reifig III.
Unterberg: Kiefern 371 Rm. Kloben, 210 Rm. Stodholz, 210 Rm. Reifig III.
Waldeck: Kiefern 500 Rm. Kloben, 140 Rm. Stodholz, 150 Rm. Reifig III.

Die Aufmaßregister des Bauholzes können einige Tage vor dem Verkauf in der hiesigen Registratur eingesehen werden und sind die betreffenden Forstschaffungsbeamten angewiesen, die zum Verkauf gestellten Hölzer auf Verlangen an Ort und Stelle vorzuzeigen.

Ludwigsberg, den 3. Januar 1883.
Der königliche Oberförster.
Albert.



Pulsmeter - Fabrik
von
Emil Walther,
Dresden N., Gailerstraße 3.

Billigster, zuverlässigster Flüssigkeitsbedepparat. Geringster Dampfverbrauch bei größter Leistung. Betriebssicherheit garantiert. Preise bedeutend ermäßigt. Prosp. franco. Vertreter gesucht.

Husse nicht!
Tage lang, ohne etwas dagegen zu thun, denn Viele bezahlen leider einen vernachlässigten Husten mit dem Leben. Das nun seit 22 Jahren wirksamste Mittel gegen Husten, Heiserkeit, Katarrh, Verschleimung, überhaupt gegen alle Beschwerden der Athmungsorgane, ist der **L. W. Egersche Fenchelschönig-Extrakt**, von dem jede Flasche zum Zeichen der Echtheit Siegel, Namenszug und die im Glase eingetragene Firma von **L. W. Egers** in Breslau trägt.

Derselbe ist in ganzen Flaschen zu 1 Mark 80 Pf., in halben Flaschen zu 1 Mark, in viertel Flaschen zu 50 Pf. In Posen allein zu haben bei **St. Alexander, St. Marktsstraße 11, Gnesen: Rudolf Riemann, Lissa: S. G. Schuber, Schmiegell: Oscar Bothe.**

Pfannkuchen,

das Duzend zu 1 M., und glasirte zu 1 M. 20 Pf. — auf besondere vorübergehende Bestellung auch zu 5 Pfg. pro Stück empfiehlt von heute ab dreimal täglich frisch die Konditorei

A. Pfitzner,
am Markt 6.

Bergmann's Zahnpasta,
vorzüglichstes Mittel zur Konser-virung und Erhaltung der Zähne, empf. Vorräthig à Stück 50 Pf. in der Rothen Apotheke, Markt 37.

Carneval! Fastnacht! Prachtvolle, künstlich-elegante Costüme aller Art, äußerst billig; aber nicht zu verwechseln. Cotillon - Gegenstände, Masken, Besatzborden, Schmuck-sachen, Stoffe etc., Knallerbän, Carnevalistische gemalte Bilder aus Saal - Decoration (Lebensgröße) à 3 Mark, höchst komisch und originell. — Carnevals - Gesellschafts-Mäßen. Carnevals - Artikel jeder Art! Theater - Decorationen, auf Stoff gemalt. Reichhaltige Preis-Verzeichnisse gratis und franco. **Bonner Fahnenfabrik in Bonn a. Rhein.**

Atelier
für künstl. Zähne etc.
C. Riemann, Zahntechniker.
Petriplatz Nr. 1, II.

Früher Techniker und Assistent beim Herrn Zahnarzt Kasprowiez, hier.

